

Wahlprogramm

**Alternative für Deutschland
Kreisverband Frankfurt am Main**

Kommunalwahl 2016



Wahlprogramm der AfD Frankfurt

Präambel	1
1. Finanzen	2
2. Wirtschaft	5
3. Bürgerbeteiligung	7
4. Zuwanderung	8
5. Integration	13
6. Recht, Ordnung, Sicherheit	16
7. Soziales	17
8. Schule, Bildung	19
9. Planen und Bauen	22
10. Wohnen	25
11. Gesundheit	26
12. Verkehr	28
13. Umwelt	30
14. Kultur	31
15. Sport	32

Präambel

Die Stadt Frankfurt am Main steht wirtschaftlich, finanziell und sozial insgesamt noch gut da. Doch die Zukunft der Stadt ist bedroht. Die katastrophal verfehlte Euro-Rettungspolitik, die kopflose „Energiewende“ und die völlig verantwortungslose Asyl- und Flüchtlingspolitik der CDU-geführten Bundesregierung bringen auch für Frankfurt enorme Belastungen mit sich.

Die Alternative für Deutschland betrachtet diese Entwicklungen, die mit dem rapiden Verfall unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats einhergehen, mit großer Sorge. Sie wurde im Jahr 2013 als eine Bewegung von Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft gegründet, die die Führung unseres Landes nicht länger einer zunehmend überforderten und nicht mehr an den Interessen des Gemeinwohls ausgerichteten politischen Klasse überlassen wollten. Heute präsentiert sich die AfD als die einzige wirkliche Opposition gegen eine den Bürgern als „alternativlos“ verkaufte Politik der Altparteien, die Deutschland in den ökonomischen und kulturellen Ruin zu treiben droht.

Die AfD bekennt sich zu den christlichen und den aufklärerischen Wurzeln unserer Kultur und unseres Staates und ist entschlossen, diese gegen ihre Verächter in Politik und Medien zu verteidigen. Von Diffamierungen im Zeichen der „politischen Korrektheit“ lässt sich die AfD nicht einschüchtern, denn sie weiß das Recht und das Grundgesetz auf ihrer Seite. Die AfD steht für Freiheit und Selbstverantwortung, für gesundes Selbstbewusstsein und Heimatliebe, für direkte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für ideologiefreien Realismus und ökonomische Vernunft, für Bürgersinn und Tradition. Das aggressive Verhalten der Altparteien gegenüber der AfD zeigt, dass diese den wunden Punkt bei ihnen getroffen hat.

Die aktuelle Massenzuwanderung – von Grün-Rot ideologisch vorbereitet, von der Merkel-CDU gefördert und „verwaltet“ – betrachtet die AfD als Katastrophe für Deutschland und als schwere Belastung für die künftigen Generationen. Die Integrationskraft unseres Landes reicht bei weitem nicht aus, um die derzeitigen Zuwandererzahlen zu bewältigen. Bleiben sie unverändert hoch, dann werden Parallelgesellschaften, die Überlastung der Sozialsysteme, schwere Gefährdungen der inneren Sicherheit und soziale Unruhen unweigerlich die Folge sein. Die AfD fordert mit Nachdruck die Einhaltung der geltenden Gesetze und, daraus folgend, die unverzügliche Beendigung des Massenzustroms größtenteils nicht integrierbarer, kulturfremder Zuwanderer in unser Land.

Die AfD besteht darauf, dass es das Recht und die Aufgabe eines souveränen Staates ist, selbst zu bestimmen, wer seine Grenzen überschreitet und wer sich dauerhaft auf seinem Territorium aufhalten darf. Diesem Recht mit umfassenden Grenzkontrollen und notfalls auch mit Grenzzäunen Geltung zu verschaffen, ist ein elementares Gebot staatspolitischer Vernunft und Verantwortung. Die Regierungsparteien, die die AfD aufgrund dieser Forderungen als „ausländerfeindlich“ und „rechtspopulistisch“ diffamieren, haben nicht nur alle Verantwortung für das eigene Volk abgelegt, sie handeln in zynischer Weise als Saboteure unseres Staates und unserer Gesellschaft. Im Gewand der Bürgerlichkeit zerstören sie die bürgerliche Ordnung. Die AfD gibt dem erwachenden Widerstand des Bürgertums gegen seine Abschaffung eine politische Form.

1. Finanzen

Die AfD fordert einen ausgeglichenen Haushalt und Schuldenabbau durch Reduzierung überflüssiger Ausgaben. Finanzielle Mittel müssen primär für die essentiellen Bereiche der Daseinsvorsorge bereitgestellt werden: Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sicherheit. Die AfD lehnt jede direkte oder indirekte Zuwendung für Prestigeprojekte ab, z.B. die „Akademie“ des korruptionsverdächtigen DFB. Die AfD fordert, sämtliche Subventionen der Stadt auf den Prüfstand zu stellen.

Problem:

Die Finanzsituation der Stadt Frankfurt ist gekennzeichnet durch zunehmende Schulden trotz hoher Steuereinnahmen. Frankfurt hat von allen Großstädten Deutschlands mit die höchsten Steuereinnahmen (pro Einwohner), deutlich mehr als z.B. München, Düsseldorf oder Stuttgart. Diese Einnahmen kommen zu einem erheblichen (und im Vergleich zu anderen Städten überproportional hohen) Anteil aus der Gewerbesteuer. Dies bedeutet, dass Frankfurt mehr als andere Städte von der aktuellen wirtschaftlichen Situation der lokalen Unternehmen abhängig ist. Es bedeutet weiterhin, dass die Einnahmen deutlicher ausgeprägte Schwankungen zeigen als bei anderen Städten, die zum einen zur wirtschaftlichen Entwicklung zeitverzögert auftreten und zum anderen praktisch nicht vorhersehbar sind. Eine Finanzplanung wird dadurch erheblich erschwert und erfordert es, dass zum einen in hohem Umfang kurzfristige Kredite aufgenommen werden bzw. Gelder kurzfristig angelegt werden müssen. Trotz der hohen Einnahmen zeigt die Stadt Frankfurt seit Jahren ein Defizit, d.h. die Ausgaben sind höher als die Einnahmen.

Ursache:

Eine der Ursachen für die angespannte Finanzsituation der Stadt liegt in den zahllose Ausgaben für prestigeträchtige Projekte und Veranstaltungen, die ausschließlich dazu dienen, den verantwortlichen Politikern eine Wahlkampf-Plattform zu bieten oder ein Denkmal zu setzen. Beispiele: 10 Mio € für eine sinnlose Olympia-Bewerbung, 15 Mio € für das Privileg, Austragungsort der Fußball WM 2006 zu sein (die FIFA machte dabei einen Reingewinn von mehr als 500 Mio €), weitere 10 Mio € für die Frauen-Fußball WM, 5 Mio € für das deutsche Turnfest usw. Kürzlich hat die Stadt das Rennbahngelände an den DFB auf 99 Jahre verpachtet. Sie hat den DFB dafür einen Pachtzins von 6,8 Mio € vereinbart – mithin etwa ein Zehntel (!) des Verkehrswertes der Fläche. Hinzu kommt, dass die Stadt bislang zur Auflösung bestehender Pachtverträge etwa 5,5 Mio € aufgewendet hat und wahrscheinlich weitere Mio-Zahlungen folgen werden. Im Ergebnis zahlt die Stadt dafür, dass der DFB das Areal bebaut, weil der Magistrat Frankfurt zur „Welthauptstadt des Fussballs“ machen möchte.

Seit langem plant der Kulturdezernent den Neubau des – weitgehend publikumsfreien - Museums der Weltkulturen für mehr als 100 Mio €, der Magistrat kaufte vor Jahren den abrisssreifen Paradieshof für 1,5 Mio €, um ihn für weitere 5 Mio € als Theater für den Schauspieler Quast umzubauen (inzwischen eingestellt, das Gebäu-
Fassung vom 16.01.2016

de verfällt zusehends). Mit dem Kulturerbe werden zahllose Einrichtungen subventioniert, die teilweise oder überwiegend von Nicht-Frankfurtern genutzt werden.

Durch die allgemein steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte werden die Zuwendungen von Bund und Land an die Stadt Frankfurt zukünftig geringer ausfallen. Dies zeigt sich aktuell auch in der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs, der zu Mindereinnahmen in Höhe von über 130 Mio € pro Jahr führt.

Eine weitere Problematik liegt darin, dass die Stadt in der Vergangenheit wirtschaftlich nachteilige Verträge abgeschlossen hat, deren Auswirkungen den Haushalt über einen langen Zeitraum belasten. Diese Verträge haben teilweise direkte Auswirkungen auf die Bürger. So macht z.B. das Unternehmen Remondis Millionengewinne mit der Müllverwertung zulasten der Gebührenzahler, d.h. diese zahlen höhere Gebühren als es eigentlich erforderlich wäre.

Lösung:

Primäres Ziel kann nicht eine Einnahmensteigerung sein, sondern eine Reduzierung der Ausgaben, wobei eindeutige Prioritäten zu setzen sind. Zu den unverzichtbaren Kernaufgaben kommunaler Daseinsfürsorge gehören Wohnen, Gesundheit, Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung. In diesen Bereichen dürfen – auch im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung – keine Einsparungen vorgenommen werden. Einsparungspotentiale sehen wir dagegen vor allem in den Bereichen Prestigeobjekte, Kultur, Zuwendungen an Religionsgemeinschaften und Projekten, die in den Bereich „Gender mainstream“ oder der Förderung von gesellschaftlichen Gruppen, die sich über ihre sexuelle Orientierung definieren. Ausgaben für rein ideologisch geprägte Projekte sind zu streichen, z.B. die im Amt für multikulturelle Angelegenheiten errichtete „Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transgender“, die vom Magistrat ohne konkreten Aufgabenbereich und Erfolgskontrolle begründet wurde.

Die Stadt hat sich auf jeden Fall auf die wichtigen Bereiche zu beschränken. Da wir finanzielle Nachhaltigkeit ernst nehmen, ist staatliche Verschuldung bei Bund, Ländern und Gemeinden nur zulässig, wenn sie Investitionen dient. Soweit Schulden sich nicht auf die Schaffung langfristig nutzbarer Wirtschaftsgüter (z.B. Infrastruktur) beziehen, stellen sie immer eine Verlagerung von gegenwärtigen finanziellen Vorteilen zu Lasten späterer Generationen dar. Angesichts der demographischen Situation in Deutschland, die die vorhandenen öffentlichen Schulden in der Zukunft immer weniger Bürgern aufbürdet, ist eine Finanzpolitik nur nachhaltig, wenn sie die vorhandene überhöhte Staatsverschuldung reduziert. Die AfD möchte Generationengerechtigkeit. Wir fordern ausgeglichene Haushalte und klaren Schuldenabbau, damit unsere Kinder nicht die Lasten tragen müssen. Alle Ausgaben sind auf Sinnhaftigkeit zu überprüfen, damit wir die vermeidbaren Ausgaben reduzieren können. Es sind neue Schwerpunkte und klare Prioritäten zu setzen.

Die Sanierung des Frankfurter Haushaltes ist nur durch finanzielle Einschnitte möglich. Die Kommunalpolitiker der AfD werden den Mut haben, diese unpopulären Maßnahmen auf der Ausgabenseite anzugehen. Ein „weiter so wie bisher“ wird es mit uns nicht geben. Lieber sanieren wir als von den Frankfurtern mit einem Mandat ausgestattete Kommunalpolitiker den Haushalt aus eigenem Antrieb und mit dem Fassung vom 16.01.2016

Wissen um die Wünsche und Bedürfnisse vor Ort, als dass eines Tages die Landesregierung einen Sparkommissar einsetzt, der die Maßnahmen von außen kommend durchsetzt. Dies wird dann der Fall sein, wenn die Rücklagen der Stadtkasse aufgebraucht sein werden, die derzeit in dramatischer Weise schrumpfen. Hier werden wir Mut zur Wahrheit beweisen.

Um die städtischen Finanzen zu entlasten, sollen städtische Neubauvorhaben nicht mehr zwangsläufig in Passivhausbauweise ausgeführt werden. Insbesondere bei Bauvorhaben mit zweifelhaftem Wirkungsgrad (z.B. Krankenhausneubau) sollten keine Experimente auf Kosten der öffentlichen Finanzen durchgeführt werden. Wir fordern bei jedem Projekt, das individuell, optimal Machbare herzustellen, statt an starren Standards festzuhalten. Außerdem sollen im Genehmigungsverfahren für Investitionen auch die voraussichtlichen Unterhaltskosten angegeben werden und in die mittelfristige Finanzplanung einfließen.

Die AfD ist vom Prinzip der Subsidiarität überzeugt. Entscheidungen zu Lasten der unteren Ebene darf es nicht geben, sofern nicht zugleich entsprechende Finanzquellen mit verlagert werden. Der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen, die den Bürgern eine freie Entfaltung ihrer Möglichkeiten und ein selbstbestimmtes Leben bieten, einschließlich derer, die aus eigener Kraft kein genügendes Auskommen erwirtschaften können. Es ist selbstverständlich, dass Bund und Land für die auf die Stadt Frankfurt übertragenen Aufgaben die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen haben. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingsproblematik von besonderer Bedeutung. Die Kosten für Flüchtlinge, die der Stadt Frankfurt vom Land zugewiesen werden, müssen auch voll vom Land übernommen werden. Ggf. sind die Leistungen für Flüchtlinge entsprechend anzupassen.

Die Gewerbesteuer ist die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle der Stadt. Die Gestaltung des Hebesatzes muss dabei die Einnahmesituation der Stadt eben-so berücksichtigen wie die wirtschaftliche Lage der Unternehmen und die Leistungen der Stadt. Kommunal beeinflussbare Steuern sind wichtige Faktoren im Standortwettbewerb. Die AfD hält den derzeitigen Hebesatz für angemessen.

Die AfD fordert die Einstellung von Zahlungen der Kommune an Religionsgemeinschaften. Religion ist Privatsache, staatliche Zahlungen an Religionsgemeinschaften daher grundsätzlich abzulehnen. Dies auch gerade vor dem Hintergrund, dass hochrangige Vertreter der „Amtskirchen“ in übelster Weise gegen demokratische Parteien hetzen. Die Kirchensteuer ist davon nicht berührt.

Die AfD fordert weiterhin die Einstellung der Zahlungen der Stadt an den Beitragsservice der Rundfunkanstalten (früher: GEZ). Der Rundfunkbeitrag ist verfassungswidrig – jedenfalls soweit er von der Kommune als Arbeitgeberin erhoben wird. Er ist deshalb so lange nicht abzuführen, bis eine gerichtliche Klärung erfolgt ist.

Wir setzen uns für eine transparente Finanzierung öffentlicher Vorhaben ein. Sogenannte „Public Private Partnership“ (PPP) – Modelle sehen wir insofern kritisch, als hierbei häufig keine Kostentransparenz besteht und die Vergabekriterien große Konzerne bevorzugen. PPP-Modelle müssen auf das notwendige Minimum beschränkt werden.

2. Wirtschaft

Die AfD fordert, dass die wirtschaftliche Betätigung der Stadt ausschließlich den Bürgern dient. Bei der Förderung der Wirtschaft ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wirtschaft einerseits und Infrastruktur und Lebensqualität andererseits zu achten. Wirtschaftswachstum ist kein Wert an sich.

Problem:

Die Stadt ist derzeit wirtschaftlich gut aufgestellt. Dies betrifft sowohl das Angebot an Arbeitsplätzen als auch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. In der Stadt sind die verschiedensten Unternehmen wirtschaftlich aktiv, so dass eine übermäßige Abhängigkeit von einzelnen Branchen nicht besteht.

Probleme können jedoch entstehen, wenn die Neugründung von zukunftsweisenden Unternehmensbereichen erschwert wird oder ein Missverhältnis zwischen der Anzahl der Arbeitsplätze und der zur Verfügung stehenden Infrastruktur – Wohnungen, Schulen, Kitas, Freizeiteinrichtungen, Verkehrsmittel – besteht. Ein solches Missverhältnis besteht bereits derzeit. Für jeden Frankfurter Einwohner im arbeitsfähigen Alter stehen rechnerisch zwei Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Folge sind die 350.000 Pendler, die täglich nach Frankfurt kommen. Unabhängig davon ist ein zunehmendes Missverhältnis zwischen gering- und hochbezahlten Arbeitsplätzen zu beobachten: während hochbezahlte Arbeitskräfte in der Stadt problemlos Wohnungen finden, ist dies für geringer bezahlte Arbeitnehmer – z.B. Kita-Betreuerinnen, Krankenpflegepersonal etc. – zunehmend schwieriger.

Probleme bestehen weiterhin in der Nahversorgung in den einzelnen Stadtteilen mit Waren des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen.

Einige Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge dienen zunehmend weniger ihrer eigentlichen Aufgabe, sondern haben sich zu rein gewinnorientierten Unternehmen entwickelt. Sie dienen damit primär nicht mehr der Sicherstellung der Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern nur noch der Generierung wirtschaftlicher Gewinne ihrer Anteilseigner. Beispiele hierfür sind die Müllentsorgung (FES), die städtischen Kliniken Höchst und der Flughafen (Fraport).

Ursache:

Die Stadt Frankfurt betreibt zwar eine relativ erfolgreiche Wirtschaftsförderung, die jedoch einseitig auf die reine Unternehmensbetreuung ausgerichtet sind. Damit werden Neugründungen und Ansiedelung von Unternehmen direkt gefördert, eine adäquate Gestaltung der erforderlichen Infrastruktur unterbleibt jedoch. Eine angemessene Berücksichtigung der Bedürfnisse der Mitarbeiter von Unternehmen – Wohnungen, Schulen, Kitas, Freizeiteinrichtungen, Verkehrsmittel – erfolgt nicht. Die Stadt handelt hier ausschließlich unter dem Aspekt der Gewinnmaximierung, d.h. der Generierung möglichst hoher Gewerbesteuer, die jedoch nur teilweise in die erforderliche Infrastruktur investiert wird.

Die einseitige Ausrichtung auf Unternehmen mit hohem Gewerbesteueraufkommen führt auch zur Vernachlässigung von Unternehmen, die zwar keine oder nur geringe Gewerbesteuer einbringen, jedoch für die Nahversorgung der Bürger mit Waren des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen in den einzelnen Stadtteilen erforderlich sind. In zahlreichen Stadtteilen geben seit Jahren Kleinbetriebe des Handwerks und Handels ihre Tätigkeit auf.

In der Vergangenheit wurden viele Eigenbetriebe der Stadt oder Unternehmen der öffentlichen Hand in selbständige Gesellschaften – Aktiengesellschaften oder GmbHs – umgewandelt. Diese Unternehmen wurden damit zum einen zunehmend der Kontrolle des Stadtparlaments entzogen, da dieses keinen direkten Einfluss auf diese Unternehmen mehr besitzt. Zum anderen ist die jeweilige Geschäftsführung nicht mehr der Kommune oder dem Allgemeinwohl verpflichtet, sondern dienen nur noch dem wirtschaftlichen Interesse der Anteilseigner. Im Ergebnis sind die geschäftlichen Aktivitäten der Unternehmen nicht mehr auf das Interesse der Bürger ausgerichtet, sondern auf die Gewinnmaximierung. Wichtige Beispiele hierfür sind zum einen die FES, für die die Stadt überhöhte Müllgebühren im Interesse dritter Unternehmen kassiert. Weiterhin die Städtischen Kliniken Hoechst, die aus rein wirtschaftliche Interessen mit anderen Kliniken fusionieren sollen. Folge wird eine Reduzierung des Personals und damit eine Beeinträchtigung der Versorgungsqualität für die Patienten sein.

Ein weiteres Beispiel ist der Flughafen Frankfurt, der aus rein wirtschaftlichen Erwägungen nicht mehr nur der Versorgung der Bevölkerung seines Einzugsgebietes dient, sondern zu einem Drehkreuz für ganz Europa ausgebaut wurde. Diese Drehkreuzfunktion besitzt für die lokale Wirtschaft keine und für den Arbeitsmarkt nur eine untergeordnete Bedeutung, führte jedoch durch den Ausbau mit der neuen Landebahn zu einer extreme Zunahme der Lärm- und Luftschadstoffbelastung der Stadt Frankfurt und der gesamten Rhein-Main-Region. Zwischenzeitlich hat sich gezeigt, dass diese Flughafenerweiterung auch wirtschaftlich eine Fehlplanung war, weil die prognostizierte Zunahme der Flugbewegungen seit mehr als 10 Jahren ausbleibt.

Lösung:

Unabhängig von der Förderung eines stark diversifizierten Branchen-Mix ist darauf zu achten, dass die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Stadt zukünftig auf zukunftsorientierte Bereiche konzentriert werden. Beispielhaft sind hier Medizintechnik, Chemie, Pharma und Biotechnologie zu nennen. Dabei ist jedoch auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wirtschaft einerseits und Infrastruktur und Lebensqualität andererseits zu achten. Wirtschaftswachstum ist kein Wert an sich und kann daher auch kein Planungsziel für eine Kommune sein. Vielmehr sind alle wirtschaftlichen Aktivitäten im Hinblick auf deren Bedeutung für die Bevölkerung zu bewerten.

Unter diesem Aspekt sind auch solche wirtschaftlichen Aktivitäten zu fördern, die zwar möglicherweise keine oder nur geringe Gewerbesteuereinnahmen generieren, jedoch von großer Bedeutung für die Wohnbevölkerung sind. Beispielhaft sind hier kleine und mittlere Unternehmen in den Ortsteilen zu nennen, die sowohl für die Nahversorgung der Bevölkerung als auch für die Bereitstellung wohnortnaher Arbeitsplätze von Bedeutung sind. Diese müssen erhalten und gefördert werden, z.B.

Fassung vom 16.01.2016

durch Beseitigung hinderlicher Regulierungsmaßnahmen (z.B. Parkbeschränkungen, Auflagen etc.). Neuansiedlungen kleinerer Betriebe sollen durch entsprechend gestaltete Bebauungspläne, Baugenehmigungen und Erhaltungssatzungen gefördert werden.

Wirtschaftlich muss sich die Stadt Frankfurt wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, d.h. die Betriebe, die der kommunalen Daseinsvorsorge dienen. Zu nennen sind hier die Bereiche Wohnen, Ver- und Entsorgung, Gesundheit und Verkehr. In diesen Bereichen ist grundsätzlich eine Rekommunalisierung anzustreben. In jedem Fall muss die Unternehmensführung durch das Stadtparlament kontrolliert werden. Kommunale Betriebe, die der Daseinsvorsorge dienen, können nicht gleichzeitig als rein gewinnorientierte Unternehmen geführt werden. Die fatalen Folgen dieser Strukturen werden vor allem im Bereich Krankenhäuser deutlich. Diese Fehlentwicklung zeigt sich auch beim Frankfurter Flughafen. Hier muss es Ziel der Politik sein, einen verträglichen Flugbetrieb zu erzielen, d.h. eine Konzentration auf den lokalen Flugbetrieb unter Verzicht auf die Hubfunktion mit einer Begrenzung der Anzahl der Flugbewegungen – auf etwa 380.000 pro Jahr - und betriebsfreien Zeiten (Nachtflugverbot von 22.00 bis 06.00 h).

3. Bürgerbeteiligung

Die extrem hohen Hürden für Bürgerentscheide sind deutlich herabzusetzen. Die AfD fordert daher, zum einen die Anzahl der für ein Bürgerbegehren notwendigen Stimmen deutlich herabzusetzen und zum anderen das Quorum zu streichen oder auf 10 Prozent herabzusetzen.

Problem:

Wichtige und grundsätzliche Entscheidungen werden von den politischen Gremien häufig ohne ausreichende Beteiligung der Bürger getroffen.

Ursache:

Nach derzeit geltender Rechtslage müssen in Frankfurt mindestens 3 Prozent der Wahlberechtigten für ein Bürgerbegehren stimmen, damit ein Bürgerentscheid herbeigeführt werden kann. Dies bedeutet, dass in Frankfurt ca. 15.000 Unterschriften gesammelt werden müssen. Noch höher ist die Hürde für den Bürgerentscheid selbst: damit dieser angenommen wird, muss zum einen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für den Bürgerantrag votieren, mindestens jedoch 25 % der Wahlberechtigten. Angesichts einer im kommunalen Bereich sehr geringen Wahlbeteiligung von teilweise deutlich unter 40 Prozent erscheint vor allem diese Hürde unangemessen hoch. Dies zeigte sich bei dem Bürgerentscheid zur Vergabe des Rennbahnareals an den DFB im Juni 2015. Es beteiligten sich 103.000 Bürger, d.h. 20,9 Prozent der Wahlberechtigten. Von diesen stimmten 60,5 Prozent für den Erhalt der Rennfassung vom 16.01.2016

bahn, 39,5 Prozent dagegen. Trotz dieses deutlichen Votums für die Rennbahn war das Bürgerbegehren damit erfolglos, weil das notwendige Quorum von 25 Prozent der Wahlberechtigten (124.600 Stimmen) verfehlt wurde.

Lösung:

Die extrem hohen Hürden für Bürgerentscheide sind deutlich herabzusetzen. Die AfD fordert daher, zum einen die Anzahl der für ein Bürgerbegehren notwendigen Stimmen deutlich herabzusetzen und zum anderen das Quorum zu streichen oder auf 10 Prozent herabzusetzen.

4. Zuwanderung,

Die AfD fordert eine Beschleunigung von Asylverfahren mit Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten und Einhaltung der Dublin-III-Verordnung ein, eine Abschaffung von finanziellen Anreizen für Wirtschaftsflüchtlinge und eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, damit sich die Gesellschaft auf die Integration der anerkannten Asylbewerber konzentrieren kann.

Problem:

Politisch Verfolgte genießen nach Art. 16 Abs. 1 GG Asylrecht. Über Jahrzehnte wurden pro Jahr nur wenige tausend Asylanträge von tatsächlich politisch Verfolgten gestellt. Zunehmend wird jedoch das Asylrecht zur illegalen Einwanderung missbraucht. Während 2009 noch etwa 33.000 Anträge gestellt wurden, waren es 2014 bereits über 200.000. Für 2015 werden (Stand Oktober 2015) über 1,5 Mio erwartet. Von den 200.000 Bewerbern in 2014 wurde etwa 1 Prozent als Asylberechtigte anerkannt, weitere 30 Prozent erhielten aus verschiedenen Gründen eine Aufenthaltsberechtigung, z.B. nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Von den etwa 140.000 Ausreisepflichtigen wurden jedoch nur ca. 10.000 tatsächlich abgeschoben. Aufgrund der Regelungen für den Familiennachzug ist davon auszugehen, dass auf jeden Aufenthaltsberechtigten 4 bis 6 weitere Personen nachziehen werden.

Asylbewerber und Flüchtlinge werden den Kommunen nach einem bestimmten Verteilerschlüssel zugewiesen. Die Kommunen sind grundsätzlich verpflichtet, für die Unterbringung und Versorgung dieser Personen zu sorgen. Die Frankfurter Integrationsdezernentin (Grüne) führte vor wenigen Wochen angesichts von mehr als 60 Mio Flüchtlingen weltweit öffentlich aus: „Wer bei uns Zuflucht sucht, ist in Frankfurt willkommen“. Wie sie in Frankfurt auch nur ein Prozent dieser Personen unterbringen möchte, hat sie jedoch nicht verraten. Der ebenfalls der Partei der Grünen angehörende Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hat unter dem wachsenden Flüchtlingsdruck und unter Hinweis auf das Polizeigesetz angekündigt: „Notfalls muss ich Häuser beschlagnahmen“.

Es ist ganz offensichtlich, dass die Massenzuwanderung zu erheblichen Problemen führt, zu deren Lösung die derzeit regierenden Parteien nicht bereit sind. Die Aufnahme und Vollversorgung von Zuwanderern ist nicht grenzenlos möglich, da sowohl der verfügbare Wohnraum als auch die finanziellen Mittel begrenzt sind. Diese können nur für tatsächlich politisch Verfolgte eingesetzt werden (und sind dafür auch ausreichend vorhanden).

Massive Probleme ergeben sich zum einen aus der Anzahl der Asylbewerber und Flüchtlinge, die die Unterbringungs- und Versorgungskapazitäten der Kommunen bei weitem überfordern. Durch die derzeit unregelmäßige und unlimitierte Zuwanderung stehen die Kommunen vor immensen Problemen. Die Stadt Frankfurt bemüht sich, sämtliche durch das Land zugewiesenen Asylbewerber und Flüchtlinge adäquat unterzubringen, obwohl fast alle unerlaubt eingereist sind. Temporäre und dauerhafte Unterbringungsmöglichkeiten (d.h. Notunterkünfte bzw. Wohnungen) sind kaum vorhanden, ebenso ist die Infrastruktur für diese Zuwanderung nicht ausgelegt. Dementsprechend fehlen Plätze in Schulen und Kitas, die Möglichkeiten der ärztlichen Versorgung sind begrenzt. Völlig unzureichend vorhanden sind die spezifisch mit Zuwanderern erforderlichen Einrichtungen und Personal, z.B. Dolmetscher. Unabhängig hiervon sind auch die finanziellen Mittel der Kommunen beschränkt, da Bund und Länder in keinem Fall die Gesamtkosten der Zuwanderung übernehmen. Zusätzliche finanzielle Mittel sind nur durch zusätzliche Schuldenaufnahme, höhere Steuern und Abgaben oder Einschränkungen kommunaler Leistungen bereitzustellen.

Ein weiteres Problem liegt in dem erheblichen Konfliktpotential, das sich aus der räumlichen Enge der untergebrachten Personen aus unterschiedlichen Ethnien, Kulturen und Religionen ergeben. Vielfach importieren die Asylbewerber und Flüchtlinge ethnische und religiöse Konflikte aus ihren Herkunftsländern, die dort Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen sind.

Zunehmend wird jedoch nicht nur von Konflikten innerhalb der Unterkünfte berichtet, sondern auch von Konflikten mit der in der Umgebung wohnenden Bevölkerung. Daher nimmt die Akzeptanz von Flüchtlingsunterkünften in der Bevölkerung ab. Der Frankfurter Magistrat hat daraus bereits die Konsequenz gezogen, dass die Bevölkerung oder der zuständige Ortsbeirat über geplante Standorte nicht mehr informiert werden. So hat kürzlich sogar der Ministerpräsident von Thüringen (LINKE) angesichts von Problemen in Asylbewerberunterkünften vorgeschlagen, die Personen nach Ethnien und Religionen zu trennen, um Konflikte zu vermeiden.

Die unkontrollierte Zuwanderung von Menschen, die teilweise aus archaischen Strukturen kommen, stellt eine erhebliche Gefährdung für unsere innere Sicherheit dar. Es ist ganz offensichtlich, dass alleine aus diesen Gründen die Anzahl der aufzunehmenden Personen nicht beliebig gesteigert werden kann.

Ursache:

Die derzeitige Asylpraxis verstößt massiv gegen geltendes Recht und fördert den Asylmissbrauch. Das geltende Recht wird weder beachtet noch umgesetzt. Der in der Öffentlichkeit kaum bekannte Abs. 2 des Art. 16 a GG bestimmt, dass sich auf Abs. 1 – also den individuellen Asylanspruch – niemand berufen kann, der über ein Fassung vom 16.01.2016

EU-Land oder ein sicheres Drittland in die Bundesrepublik einreist. Da Deutschland ausschließlich von EU-Ländern und der Schweiz umgeben ist, hat niemand einen Asylanspruch, der auf dem Landweg nach Deutschland kommt. Daher kann keine einzige der meist über Österreich einreisenden Personen einen Asylantrag stellen. Gleichwohl wird hunderttausendfach gegen diese Bestimmung verstoßen.

Die Bundesländer schieben nur einen Bruchteil der Ausreisepflichtigen ab. Fast alle Asylbewerber sind unter Missachtung geltenden EU-Rechts nach Deutschland gekommen. Um für die Aufnahme wirklich Schutzbedürftiger die erforderlichen Ressourcen bereitstellen und Akzeptanz in der Bevölkerung finden zu können, muss der Missbrauch des Asylrechts durch wirtschaftlich motivierte Zuwanderung unterbunden werden. Asyl ist keine Lösung für Fachkräftemangel oder zur Kompensation der demografischen Entwicklung.

Kommunen sind verpflichtet, die ihnen von den zuständigen Stellen des Landes zugewiesenen Asylbewerber und Flüchtlinge aufzunehmen – unabhängig von der Zahl und der tatsächlichen Möglichkeit der Aufnahmekapazität. Dies hat bereits dazu geführt, dass in verschiedenen kleinen Kommunen die Anzahl der zugewiesenen Zuwanderer höher war als die Anzahl der Bewohner.

Deutschland nimmt seit Jahren die weitaus meisten Asylbewerber aller EU-Staaten auf, die – in der Regel illegal – nach Europa einreisen. Im Jahr 2015 werden es nach offiziellen Schätzungen weit mehr als eine Million sein. Die Bundeskanzlerin hat sich im September 2015 in einer historisch einmaligen Fehlleistung sowohl über ihren Amtseid als auch über nationales wie supranationales Recht hinweggesetzt und die Grenzen für illegale Zuwanderer faktisch abgeschafft. Sie hat die Entscheidung darüber, wer kommen und bleiben darf, in die Hände illegaler Einwanderer selbst gelegt. Das hat eine ungeheure Sogwirkung ausgelöst, in deren Folge sich Hunderttausende auf der Suche nach einem besseren Leben zu uns auf den Weg gemacht haben. Sie sind nun Vorbild für hunderte Millionen Umsiedlungswillige weltweit.

Nach der faktischen Zerstörung des Dublin-III-Abkommens durch die Bundeskanzlerin werden wir Zeitzeugen einer Völkerwanderung unter missbräuchlicher Berufung auf das Asylgrundrecht. Sie droht, die kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen Deutschlands und Europas zu zertrümmern, wenn sie nicht umgehend gestoppt wird. Konflikte aus aller Welt sowie unüberbrückbare kulturelle Unterschiede werden mit den Migranten in unser Land importiert und reichern sich zu einer explosiven Mischung an. Die etablierten Parteien und die mehrheitlich freiwillig „gleichgeschalteten“ Medien jedoch bemühen sich nach Kräften im Verschweigen, Verharmlosen und Manipulieren. Kritiker des herrschenden Asylchaos werden auf die übelste Weise diffamiert.

Lösung:

Die Frankfurter AfD setzt sich für eine Beschleunigung von Asylverfahren mit Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten und Einhaltung der Dublin-III-Verordnung ein, eine Abschaffung von finanziellen Anreizen für Wirtschaftsflüchtlinge und eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Auf kommunaler Ebene dürfen Standorte für Flüchtlingsunterkünfte nur unter Beteiligung der Bevölkerung und Fassung vom 16.01.2016

Einbeziehung des jeweils zuständigen Ortsbeirates errichtet werden. In keinem Fall darf in das Eigentumsrecht der Bürger eingegriffen werden, etwa durch Beschlagnahme von Wohnungen – wie dies von den Grünen gefordert wird. Ebenso sind Eigenbedarfskündigungen von Wohnungen zur Unterbringung von „Flüchtlingen“ durch Kommunen absolut abzulehnen.

Kommunen müssen darüber hinaus prüfen, ob überhaupt eine rechtliche Verpflichtung zur Aufnahme illegal eingereister Personen besteht, auch wenn diese durch die Länder den Kommunen direkt zugewiesen werden. Die Stadt Frankfurt muss ihren Anspruch, nur eine sozial verträgliche Anzahl von Zuwanderern aufzunehmen, deutlich gegenüber dem Land Hessen vertreten. Notfalls muss sich die Stadt auch weigern, im Falle der Überforderung weitere Zuwanderer aufzunehmen oder ihre Position im Wege eines Gerichtsverfahrens durchsetzen.

Eine Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen darf nicht – wie häufig gefordert – sofort nach der Einreise beginnen, sondern erst dann, wenn sicher ist, dass die betreffenden Personen auch ein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten. Fast alle Ankommenden, die auf Dauer zu bleiben gedenken, sind keine „Flüchtlinge“. Sie sind nicht an Leib und Leben bedroht, vielmehr brechen sie, angelockt von Versprechungen der Bundeskanzlerin, überwiegend aus den heimatnahen Auffanglagern oder Drittländern auf, in denen sie bereits sicher waren. Sie sind in der weit überwiegenden Mehrzahl minder- oder unqualifiziert; dasselbe gilt für ihre Familienangehörigen, die in Millionenzahl nachziehen werden. Sie alle wandern direkt in die deutschen Sozialsysteme ein, die unter der Wucht dieses Aufpralls vor dem Zusammenbruch stehen. Eine Integration dieser Masse in Staat und Arbeitsmarkt ist unmöglich.

Das Asylgrundrecht, in bester Absicht für wenige geschaffen, ist durch die Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung wie auch der schwarz-grünen Landesregierung von einer Zierde des Landes zur akuten Gefahr für dessen Existenz geworden. Es muss daher nach dem Vorbild fast aller anderen Staaten der Welt zu einem Gesetz transformiert werden, welches dem Staat die Kontrolle über Art und Ausmaß der Zuwanderung ermöglicht. Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft sieht die AfD als endgültig gescheitert an. Es fördert die Entstehung von Parallelgesellschaften und gefährdet damit den sozialen Frieden in unserem Land. Voraussetzung für eine gelingende Integration ist vielmehr die uneingeschränkte Akzeptanz der Wertefundamente unserer Gesellschaft, die aus der christlich-abendländischen Kultur, der aufgeklärten Vernunft und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestehen. Diese müssen wir verteidigen. Nur ein Land, das selbstbewusst für seine Werte und Gesetze einsteht, wird auch in der Lage sein, Zuwanderer effektiv zu integrieren.

Wir fordern eine Politik, die die Interessen des eigenen Landes und der einheimischen Bevölkerung wieder ins Zentrum rückt, anstatt sich nur an jenen der Asylbewerber und Flüchtlinge zu orientieren. Humanitäre Hilfe bejahen wir – sie muss aber vorübergehend sein und vor allem in den Herkunftsregionen erbracht werden. Für 2015 werden weit mehr als eine Million Asylantragsteller aus aller Welt in Deutschland erwartet, einschließlich der Konflikte ihrer Heimatländer und ihrer teilweise archaischen Sitten und Gebräuche. Ihre Integration ist unmöglich. Dabei ist nicht einmal der Familiennachzug berücksichtigt, der die Anzahl der Zuwanderer alleine für 2015 auf 5 bis 8 Mio erhöhen kann.

Die den Asylbewerbern und Flüchtlingen in Deutschland zustehenden Sozialleistungen sind nach Art und Umfang weltweit einmalig. In ihrer unwiderstehlichen Anziehungskraft locken sie Menschen über das Meer und häufig in den Tod. Deutschland bietet allen Asylbewerbern die höchsten Sozialleistungen der Welt in Bargeld, medizinische Spitzenversorgung, kostenlose Sprach- und Integrationskurse, volle Bewegungsfreiheit, Arbeitsmöglichkeit und vieles mehr. Das gilt sofort nach Einreise und zeitlich unbeschränkt, auch nach Ablehnung des Asylantrages und selbst bei Verweigerung der Ausreisepflicht. Das deutsche System verursacht Milliardenkosten, einen Sogeffekt auf Unqualifizierte und Glücksritter und einen Abschreckungseffekt für Qualifizierte, die lieber dort einwandern, wo die Steuerlast geringer ist. Diese falsch verstandene Großzügigkeit muss ein Ende haben. Alle Fehlanreize müssen so umfassend zurückgefahren werden, dass die illegale Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen unattraktiv wird.

Wir fordern die konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber. Zu diesem Zweck sind rechtliche Abschiebehindernisse zu überwinden, die zuständigen Behörden bei ihrer Arbeit öffentlich zu unterstützen sowie personell und politisch aufzuwerten. Wer in Deutschland Asyl beantragt, bedient sich eines Rechts und erwartet, dass sich der Staat an sein Gesetz hält. Deswegen kann man auch vom Antragssteller auf Asyl erwarten, dass er sich seinerseits an das Gesetz des Staates hält und das Land verlässt, wenn sein Antrag abgelehnt wird. Das ist jedoch leider fast nie der Fall. Abschiebungen finden nur in sehr geringem Umfang statt, und die zuständigen Behörden erfahren keinerlei Unterstützung durch die schwarz-grüne Landesregierung. Der Staat muss sich schützend vor seine Behörden stellen und darf sich nicht erpressen lassen, wenn es darum geht, geltendes Recht umzusetzen.

In diesem Land gilt die Pflicht zum Besitz eines Passes und zur wahrheitsgemäßen Angabe von Herkunft und Personalien für abgelehnte Asylbewerber ebenso wie für alle anderen Ausländer. Abgelehnte Asylbewerber verhindern fast immer ihre freiwillige Ausreise wie auch die erzwungene Rückführung in ihr Heimatland durch die Verheimlichung ihrer Identität, ihres Passes oder durch Scheinidentitäten. Deshalb können ihnen die deutschen Behörden auch keine Heimreisepapiere beschaffen. Die Folge sind jahrelange, aufwändige, teure und sinnlose Verfahren. Diese und andere Gesetzesverstöße dürfen nicht dadurch belohnt werden, dass die Täter dennoch nach einigen Jahren in den Genuss eines Daueraufenthaltsrechts kommen. Die AfD fordert daher die ersatzlose Streichung der entsprechenden §§ 25 a und 25 b des Aufenthaltsgesetzes. Des Weiteren sind Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit fundamental für unser Gastrecht. Niemand, der im Asylverfahren die Unwahrheit sagt, und niemand, der unsere Gesetze verletzt, darf daher Asyl erhalten.

Die AfD fordert eine offene Diskussion über gesellschaftliche Fehlentwicklungen ohne Rücksicht auf Denkverbote der „Political Correctness“. Den inneren Frieden auch für künftige Generationen zu bewahren, muss Leitlinie politischen Handelns sein. Die unkontrollierte Massenzuwanderung bringt auch den Import von Konflikten aus den Heimatländern vieler Zuwanderer und das Entstehen problematischer Parallelgesellschaften, die unsere Demokratie ablehnen, mit sich. Die Politik der etablierten Parteien hat diesbezügliche Warnsignale weitgehend ignoriert und hing bisher dem Glauben an, dass sich eine friedliche, multikulturelle Gesellschaft ganz von selbst einstellen würde. Wer dies mit dem Hinweis auf die Fakten infrage zu stellen wagt, wird politisch diffamiert. Politische Korrektheit liegt wie ein Nebel bleischwer über un-

serem Land. Er erstickt eine kritische Diskussion, wie auch das Anprangern von Missständen, im Keime.

5. Integration

Die AfD fordert eine konsequente Integration anerkannter Asylbewerber. Dazu gehört die Vermittlung der deutschen Sprache, Kultur und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die AfD fordert, den Familiennachzug einzuschränken und die Abschiebung straffälliger Zuwanderer auch bei geringfügigen Delikten.

Problem:

Selbstverständlich kann eine Integration von Zuwanderern nur dann erfolgen, wenn von den zuständigen Behörden ein Aufenthaltsrecht für die Bundesrepublik anerkannt wurde. Wie die Erfahrung aus den vergangenen Jahrzehnten zeigt, stellt die Integration von Zuwanderern teilweise ein erhebliches Problem dar. Dies gilt vor allem für Zuwanderer aus dem islamischen Kulturkreis, bei denen häufig eine geringe Integrationsbereitschaft bis zur vollständigen Integrationsverweigerung zu beobachten ist. Dies wird an den zahlreichen Sonderrechten deutlich, die immer wieder von islamischen Zuwanderern eingefordert werden.

Unabhängig hiervon bringen zahlreiche Zuwanderer keine für eine Berufsausübung in Deutschland ausreichende Qualifikation mit. Auch dies gilt insbesondere für Zuwanderer aus dem islamischen Kulturkreis und Afrika, während Zuwanderer aus Süd- und Ostasien meist deutlich bessere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration mitbringen.

Zuwanderer konzentrieren sich häufig in bestimmten Stadtteilen, wodurch sich dort leicht Parallelgesellschaften ausbilden, die nach ihren eigenen Regeln und in ihrer eigenen Sprache leben.

Ursache:

Ursache einer geringen oder fehlenden Integrationsbereitschaft ist vor allem die Zugehörigkeit zu einem Kulturkreis, der durch traditionell geprägte archaische Strukturen geprägt ist.

Zuwanderer haben grundsätzlich die Tendenz, dort ihren Wohnsitz zu nehmen, wo bereits andere Zuwanderer derselben Nationalität oder ethnischen Gruppe wohnen. Im Lauf der Zeit wandern die ursprünglichen Bewohner aus den betreffenden Regionen ab, sodass letztlich Bezirke entstehen, die dann weitgehend von Zuwanderern bewohnt werden. Gefördert wird dies durch Übernahme von Geschäften durch Zuwanderer. Häufig ergibt sich in den betreffenden Stadtbezirken für die Zuwanderer

Fassung vom 16.01.2016

dann keine Motivation mehr, die deutsche Sprache zu erlernen, weil sie sich innerhalb ihres Bezirks problemlos in ihrer Muttersprache verständigen können.

Lösung:

Für anerkannte Asylbewerber ist eine schnelle Integration anzustreben. Hierzu gehört in erster Linie das Erlernen der deutschen Sprache sowie der in Deutschland geltenden Gesetze, Regeln und Werte. Sinnvoll könnte dabei ein „verpflichtender Bürgerdienst“ für Asylbewerber sein, der sich am freiwilligen sozialen Jahr orientiert. Hierbei sollen die Asylbewerber in der aufnehmenden Kommune entsprechend ihren Fähigkeiten für soziale oder gemeinnützige Aufgaben eingesetzt werden. Für die Asylbewerber, die dieses ableisten, kann es kaum eine bessere Möglichkeit zur Integration geben, als einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, der sie zukünftig angehören möchten. Zudem wäre es für die deutsche Bevölkerung ein Signal, dass Hilfsbereitschaft und Solidarität keine Einbahnstraße ist.

Eine erfolgreiche Integration setzt ein klares Bild der Kultur voraus, in die hinein man sich integrieren soll. Deshalb fordern wir eine Abkehr von der bisherigen Politik der Relativierung und Verwässerung unserer Kultur.

Nationale und regionale Traditionen dürfen nicht länger auf Drängen von zugewanderten Minderheiten verwässert werden. Als Beispiel sei die Umbenennung traditioneller Weihnachtsmärkte in Wintermärkte genannt. Das Beschneiden und Ersetzen unserer Traditionen durch einen multikulturellen Einheitsbrei schadet dem Zusammenhalt der Gesellschaft und verstärkt die Tendenz zur Bildung von Parallelgesellschaften.

Wir fordern und fördern den Erhalt der traditionellen deutschen Lebensart und Kultur. Einschränkungen oder Änderungen zugunsten einseitiger Wünsche von Minderheiten mit dem Ziel, die Gepflogenheiten der Mehrheitsgesellschaft an die einer Minderheit anzupassen, lehnen wir ab. Grundsätzlich fordern wir von Migranten – vor allem im öffentlichen Raum - eine Anpassung an unsere Lebensweise.

Kinder, die mit schlechten oder keinen deutschen Sprachkenntnissen eingeschult werden, haben kaum eine Chance, in der Schule erfolgreich zu sein. Wir fordern daher für Frankfurt eine Kindergartenpflicht für Kinder, die in ihrer Familie die deutsche Sprache nicht oder nur unzureichend erlernen können. Die Umgangssprache in den Kindergärten muss deutsch sein. Lehrer und Erzieher sollen sich wieder stärker um eine aktive Vermittlung Frankfurter Traditionen und lokaler Kultur bemühen und auf diese verpflichtet werden, da diese besonders identitäts- und gemeinschaftsstiftend sind.

Um die Integration und den Spracherwerb von Zuwanderern von Anfang an zu fördern und Parallelgesellschaften zu vermeiden, müssen Zuwanderer möglichst gleichmäßig auf alle Stadtteile verteilt werden. Sollte sich eine bestimmte Ethnie dabei in der Stadt insgesamt ballen, ist der weitere Zuzug von Zuwanderern aus dieser Gruppe seitens der Stadt durch Verhandlungen mit dem Land Hessen auszusetzen bis die Integration dieser Ethnie gelungen ist. Die Stadt Frankfurt hat hierzu die Zuwanderer gleichmäßig auf sämtliche Stadtteile zu verteilen, soweit sie direkten oder
Fassung vom 16.01.2016

indirekten Zugriff auf die Belegung von Wohnungen besitzt (ABG Holding, Belegungsrechte). Weitere Einflussmöglichkeiten ergeben sich aus Planungsrechten (B-Plan) und vertraglichen Auflagen beim Verkauf von Immobilien bzw. dem Verzicht auf die Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechts.

Wir fordern, den Familiennachzug generell auszusetzen, ausgenommen bei den wenigen anerkannten Asylbewerbern. Weiterhin fordern wir, straffällige Zuwanderer sofort abzuschicken, auch wenn sie nur geringfügige Delikte verübt haben. Die bisherige Regelung, erst bei Freiheitsstrafen über 3 Jahren auszuweisen, ist völlig unzureichend, zumal diese Regelung dazu geführt hat, dass Gerichte häufig alleine aus diesem Grund keine höheren Strafen verhängen, obwohl diese deliktsangemessen wären.

Die AfD sieht Integration in erster Linie als Bringschuld der Zuwanderer, die allerdings staatliche Unterstützung hierzu erwarten dürfen. Das Bekenntnis zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, das Erlernen der deutschen Sprache und das Bestreiten des eigenen Lebensunterhalts erachten wir als die Mindestvoraussetzungen gelungener Integration. Wir verstehen unter Integration die Eingliederung von dauerhaften Zuwanderern in Staat und Gesellschaft des Aufnahmelandes unter Akzeptanz und Verinnerlichung der in diesem Staat geltenden Werte, Regeln und Gesetze. Die Zuwanderer müssen sich der deutschen Gesellschaft anpassen, nicht umgekehrt. Wir fordern verpflichtend von jedem Zuwanderer mit der Absicht, sich hier dauerhaft niederzulassen, dass er sich aus der Fülle staatlicher Integrationsangebote bedient. Entzieht er sich hingegen diesen Pflichten, hat er mit Sanktionen zu rechnen.

Die AfD fordert ein Verbot aller politisch-religiösen Aktivitäten, die aus dem Ausland finanziert werden und/oder deren Zweck unvereinbar ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unseren christlich-abendländischen Werten. Die staatliche Tolerierung, ja Förderung von Maßnahmen, die einer Integration entgegen wirken – wie etwa die Visavergabe für Imame aus dem Ausland und heimat Sprachlicher Unterricht an öffentlichen Schulen – muss beendet werden. Wir lehnen das scheinbar teilweise Vordringen integrationshemmender Rechte und Verhaltensweisen strikt ab. Dazu gehört das Tragen des islamischen Kopftuchs. Bei ihm handelt es sich um ein religiös-politisches Symbol repressiver Strömungen im Islam und es steht für die Ungleichbehandlung der Frau. Die AfD setzt sich für ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst und in der Schule sowie für ein generelles Burkaverbot ein.

Die AfD steht zu unserer christlich-abendländischen Kultur und dem auf ihr beruhenden Wertesystem unseres Grundgesetzes und lehnt Relativierungen und Preisgaben zugunsten einer falsch verstandenen Toleranz gegenüber anderen Religionen ab. Der Islam gehört nicht zu Deutschland, weder historisch noch kulturell. Zur Realität Deutschlands gehören jedoch Menschen islamischen Glaubens, die wir akzeptieren, sofern sie friedlich und integriert unter uns leben. Erscheinungen der Parallelgesellschaften, wie die Anwendung islamischer Rechtsvorschriften, Konfliktschlichtung unter Umgehung der deutschen Strafgerichte, die Herausnahme von Mädchen aus dem Sportunterricht, das Verbot für muslimische Schüler, an Klassenfahrten teilzunehmen und vieles andere mehr ist unter Berufung auf „Religionsfreiheit“ nicht zu rechtfertigen und darf nicht länger hingenommen werden.

In keinem Fall ist die Ganzkörperverhüllung als klares Zeichen der Integrationsverweigerung in der Öffentlichkeit zu dulden. Die AfD fordert daher ein klares Verbot der Burka und ähnlicher Ganzkörperverhüllungen.

6. Recht, Ordnung, Sicherheit

Die AfD fordert die uneingeschränkte Gleichheit aller vor Recht und Gesetz. Der Entwicklung von rechtsfreien Räumen oder eigener Rechtsprechung in Parallelgesellschaften ist entschieden entgegenzutreten.

Problem:

Die amtliche Polizeistatistik bildet leider schon lange nicht mehr die tatsächlichen Verhältnisse ab, sondern zunehmend eine politisch verordnete und geschönte Sicht auf die Wirklichkeit.

Der Personalmangel schlägt sich mittlerweile in einem wachsenden Vollzugsdefizit nieder. Es kann aber nicht sein, dass Straftaten mangels Personal nicht aufgenommen, aufgeklärt und geahndet werden können. Das käme einer Bankrotterklärung des Rechtsstaates gleich.

Ursache:

In den vergangenen Jahrzehnten wurden immer mehr Stellen bei der Polizei abgebaut und Dienststellen zusammengelegt. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Polizei ist mittlerweile so zurückgefahren worden, dass die Sicherheit auch in Frankfurt darunter leidet.

Lösung:

In Frankfurt muss die uneingeschränkte Gleichheit aller vor Recht und Gesetz gelten. Der Entwicklung von rechtsfreien Räumen oder eigener Rechtsprechung in Parallelgesellschaften ist entschieden entgegenzutreten.

Wir fordern deshalb eine deutliche Aufstockung des Etats für die städtische Polizei und die Einstellung von neuen Polizeibeamten sowie eine stärkere Präsenz in den einzelnen Stadtteilen. Wir fordern zudem eine andere Prioritätensetzung für die städtische Polizei. Anstatt Knöllchen für Falschparker zu verteilen, sollte vermehrt in den Stadtvierteln Streife gelaufen werden. Dazu muss die Polizei von bürokratischen Aufgaben entlastet werden. Die aktuell diskutierte Schließung mehrerer Frankfurter Polizeiwachen lehnen wir ab.

Zur Umsetzung dieser Forderungen ist es erforderlich, dass die Politik den Sicherheitskräften deutlich den Rücken stärkt. Es kann und darf nicht länger sein, dass die Politik der Polizei in den Rücken fällt, wo konsequentes Durchgreifen nötig wäre.

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe unseres Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit und Demokratie.

Überlastete Polizei und Justiz, rechtsfreie Räume, Parallelgesellschaften und die Empfehlung der Politik, Türen und Fenster besser gegen Einbruch abzusichern, sind ein Offenbarungseid unserer Regierung. Eine Rechtsprechung mit dem Schwerpunkt Täterschutz statt Opferschutz ist ein weiteres Ergebnis einer unverantwortlichen Politik. Straftaten aufgrund religiöser und ethnischer Konflikte werden nur äußerst unzureichend rechtlich verfolgt.

Die Gesellschaft, insbesondere Jugendliche, müssen über die Gefahren des Islamismus und des Linksextremismus ebenso aufgeklärt und gegen diese aktiviert werden, wie das in den letzten Jahrzehnten bereits gegen den Rechtsextremismus praktiziert wurde. Vereinigungen, die sich – etwa in Form radikaler Hasspredigten oder durch die Verbreitung strafrechtlich relevanter Wertvorstellungen – gegen das Grundgesetz und damit gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wenden, oder die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, müssen von den zuständigen Behörden verboten und konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Dies gilt z.B. für die „Lies“-Aktionen salafistischer Gruppen.

7. Soziales

Die AfD bekennt sich zum Leitbild von Ehe und Familie (Art. 6 GG) sowie zu Elternrechten. Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, Ehe und Familie zu schützen und zu fördern. Die Kinderbetreuung ist zu verbessern und auszubauen.

Problem:

Kinderbetreuung ist für viele der betroffenen Familien ein zentrales Problem. Es fehlen flächendeckend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, wobei es nach Stadtteilen erhebliche Unterschiede gibt.

Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung der Gesellschaft werden immer deutlicher erkennbar. In wenigen Jahren wird jeder dritte Deutsche älter als 60 Jahre sein. Dies hat Auswirkungen auf die Anforderungen an Wohnraum und Infrastruktur.

In manchen Stadtteilen ist die Anzahl der Kinderbetreuungsplätze geringer als die Nachfrage. Eltern müssen deshalb teilweise ihre Berufstätigkeit aufgeben oder erhebliche Umwege zur Unterbringung der Kinder auf sich nehmen.

Fassung vom 16.01.2016

Ursache:

Ursache der mangelnden Kinderbetreuung ist die nur unzureichende Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten, insbesondere aber der Mangel an Betreuungspersonal, das sich bei der geringen Entlohnung ein Leben (v.a. Wohnen) in Frankfurt finanziell nicht leisten kann.

Speziell im sozialen Bereich, aber nicht nur hier, werden Mittel ohne jede Erfolgs- oder Qualitätskontrolle ausgegeben. So richtete der Magistrat im Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine „Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transgender“ ein ohne deren konkreten Aufgabenbereich, die Kosten und die Erfolgskontrolle festzulegen.

Ursache für die Ungleichverteilung der Kinderbetreuungsplätze ist im Wesentlichen eine mangelnde Planung und Umsetzung durch das grün geführte zuständige Dezernat. Verschärft wird das Problem teilweise dadurch, dass Einrichtungen geschlossen werden, weil die Räumlichkeiten anderweitig benötigt werden. Ein Beispiel dafür ist die Schließung des Jugendhauses an der Ortenberger Straße. Die Stadt benötigt die Räume dort für die Inobhutnahme minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge und hatte daher dem Kinderhort des Fördervereins der Kirchnerschule gekündigt, den derzeit 44 Kinder besuchen.

Lösung:

Die Familie ist die Keimzelle und das Fundament unserer Gesellschaft und Kultur. Sie ist die einzigartige Gemeinschaft, in der für unser gesellschaftliches Zusammenleben so wichtige und unabdingbare Werte wie Fürsorge, Liebe und Solidarität, Respekt und Menschlichkeit vermittelt werden. Zudem ist eine ausreichende Anzahl von Kindern von zentraler Bedeutung für die demografische Entwicklung und somit den Fortbestand unseres Volkes sowie die Funktionsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. Die derzeit zu geringen Geburtenzahlen sind über Zuwanderung nicht zu kompensieren.

Die Ehe verleiht der Familie Verlässlichkeit und Stabilität. Im Einklang mit unserer verfassungsmäßigen Ordnung bekennen wir uns daher zum Leitbild von Ehe und Familie (Art. 6 GG) sowie zu Elternrechten. Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, Ehe und Familie zu schützen und zu fördern.

Die AfD möchte „Mut zur Familie“ mit mehreren Kindern machen. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte gesellschaftliche Aufwertung des Erfolgsmodells Familie und der Rolle der Mutter ein. Versuche, Ehe und Familie durch das sogenannte "Gender Mainstreaming" oder durch andere ideologisch motivierte Eingriffe in volkserzieherischer und damit bevormundender Absicht zu schwächen, lehnt die AfD entschieden ab.

Zur besseren Kinderbetreuung muss primär das geeignete Personal gefunden werden. Hierzu ist es erforderlich, zum einen die Entlohnung zu verbessern und zum anderen die Möglichkeit zu schaffen, dass die Betreuer auch in der Stadt Frankfurt

wohnen können. Eine Möglichkeit hierzu wäre die Errichtung von Personalwohnungen.

Es ist das Recht und die Pflicht der Eltern, für ihre Kinder zu sorgen. Dies beinhaltet auch Wahlmöglichkeiten der Eltern bei Kinderbetreuung und Schulbildung. Der Staat darf sich nur in begründeten Ausnahmefällen in familiäre Angelegenheiten einschalten, beispielsweise zum Zweck des Jugendschutzes.

Wir unterstützen die Familie auch deshalb, weil sie für eine Kultur steht, in der menschliches Leben in allen seinen Phasen geschützt wird. Kinder sichern die Zukunft unserer Gesellschaft. Der Staat hat die Pflicht, Bedingungen zu schaffen, die ein Ja zum Kind ermöglichen und fördern. Da bereits seit über 40 Jahren die Geburtenrate viel zu niedrig ist, muss der Staat wirksame Anreize setzen. Neben einer finanziellen Stärkung der Familien muss das Familienbild aufgewertet werden und in allen Bereichen der Öffentlichkeit Wertschätzung erfahren.

Elternschaft sollte zu gesellschaftlichem Ansehen führen und darf nicht länger als karrierehemmender Ballast dargestellt werden. Vielmehr soll gezielt für das Positive und Erfüllende einer Mutter-Vater-Kinder Beziehung geworben werden. Die AfD will auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einwirken und auch im Bildungsbereich Anstrengungen unternehmen, damit Ehe und Familie positiv dargestellt werden.

Die demografische Entwicklung sollte zunächst nicht als Problem wahrgenommen werden, sondern als Chance, da sich ältere Menschen mit ihrer reichen Erfahrung in das gesellschaftliche Leben einbringen können. Das Engagement der älteren Generation ist wichtig und erwünscht. Gerade die Senioren können der jungen Generation Erfahrungswissen vermitteln, Halt und Orientierung geben und Kontinuität, soziale Geborgenheit und Sicherheit vermitteln. Andererseits ist bei kommunalen Angeboten darauf zu achten, dass diese zunehmend von Senioren in Anspruch genommen werden. Neben seniorengerechten öffentlichen Einrichtungen und Geschäften ist die seniorengerechte Ausstattung von Wohnungen von besonderer Bedeutung. Dazu gehört die Förderung der unterschiedlichen Formen des gemeinschaftlichen Wohnens, z.B. Mehrgenerationenhäuser.

Für alle neu einzurichtenden Institutionen und Projekte mit Zuschussbedarf durch die Stadt ist der Handlungsbedarf, die Aufgabengestaltung und die Kriterien einer Erfolgskontrolle festzulegen. Insbesondere sind vorab Zielvereinbarungen zu treffen, deren Zielerreichung in regelmäßigen Abständen, und insbesondere vor der Gewährung von weiterem Zuschussbedarf, kontrolliert wird.

Die AfD lehnt jede Schließung von benötigten Einrichtungen zur Kinderbetreuung zugunsten der Unterbringung von Flüchtlingen ab.

8. Schule, Bildung

Die AfD fordert einen konsequenten Ausbau der Schulinfrastruktur ein, der sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, ohne Bevorzugung bestimmter Schul-

Fassung vom 16.01.2016

formen. Die anstehenden Sanierungs- und Neubaumaßnahmen sind schnell, gezielt und unbürokratisch umzusetzen. Die AfD fordert eine Kindergartenpflicht für Kinder, die in ihrer Familie die deutsche Sprache nicht oder nur unzureichend erlernen können. Die Umgangssprache in den Kindergärten muss deutsch sein.

Problem:

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland auf einen ausgezeichneten Bildungsstand und die Kreativität seiner Bevölkerung zwingend angewiesen, um seinen erreichten Wohlstand zu erhalten und möglichst noch zu steigern. Dafür müssen Bedingungen geschaffen werden, die es erlauben, dass sich die Leistungspotentiale aller Bevölkerungsschichten optimal entfalten können. Ausgehend von der Elternverantwortung für den Werdegang ihrer Kinder treten wir auch in Frankfurt für ein differenziertes, durchlässiges Schulsystem ein, das unter Anerkennung des Leistungsgedankens allen Begabungen gerecht wird. Hierzu sollen Gruppen mit möglichst homogenem Leistungsstand gebildet werden, die dann ihrem Wissens- und Begabungsstand entsprechend unterrichtet werden (dreigliedriges Schulsystem).

Die Kommunen haben die Aufgabe, die entsprechende Bildungsinfrastruktur – also Schulgebäude, Kindertagesstätten, etc. – zur Verfügung zu stellen und instand zu halten. Die Lerninhalte (Curricula) werden von der Landespolitik festgelegt. Dennoch können die Kommunen auf die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen Einfluss nehmen, indem sie z.B. bei Neubauten nicht einseitig bestimmte Schulformen (etwa Integrierte Gesamt-Schulen) bevorzugen, weil landesseitig dafür mehr Lehrmittel und ein besserer Schüler-Lehrkräfte-Schlüssel angeboten werden. Auch besonders bezuschusste pädagogische Konzeptionen wie das der Inklusion werden auf diesem Weg den Schulen aufgezwungen – auch wenn deren Sinnhaftigkeit für alle Beteiligten fragwürdig ist.

Ursache:

In den Frankfurter Schulen herrscht ein Investitionsstau von rd. 1 Milliarde €. Im Verhältnis hierzu ist der „Aktionsplan Schule“ mit einem Volumen von 150 Mio €, den die grüne Bildungsdezernentin nun endlich auf den Weg gebracht hat, allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein! Zahlreiche Frankfurter Schulen befinden sich in einem desolaten Zustand. Ursache hierfür ist vor allem die jahrzehntelange Untätigkeit der jeweils zuständigen grünen Schuldezernentin (ununterbrochen seit 1989!) Es ist dadurch an fast allen Schulen ein erheblicher Sanierungsstau entstanden, obwohl Mittel im Haushalt vorhanden gewesen wären.

Aber nicht nur bei der Instandhaltung der Schulinfrastruktur, sondern auch beim Neubau von Schulen hat die Frankfurter Bildungspolitik versagt. So ist es ein beschämendes Zeugnis der Geringschätzung höherer Bildungsabschlüsse, dass es angesichts des Bevölkerungswachstums der Stadt 100 Jahre gedauert hat bis im Jahre 2009 mit dem Riedberggymnasium wieder ein neues Gymnasium gegründet worden ist. Der behelfsmäßig in Containern untergebrachte Betrieb des neuen Gym-

nasiums in Nied (das aber nun tatsächlich in der Nähe des Campus Westend gebaut wird) belegt den Vorwurf der überaus mangelhaften Planung.

Lösung:

Ziel der kommunalen Schulpolitik muss es sein, die anstehenden Sanierungs- und Neubaumaßnahmen schnell, gezielt und unbürokratisch umzusetzen. Ggf. muss zur Beschleunigung auf eine EU-weite Ausschreibung verzichtet werden. Auch der Verzicht auf die teure Passivhaus-Bauweise bei gleichzeitig ungewissem Einsparvolumen im laufenden Betrieb muss geprüft werden. Höchste Priorität muss ein geordneter Schulausbau ohne ideologische Verblendung zum Wohle der Kinder haben.

Die AfD setzt sich für einen konsequenten Ausbau der Schulinfrastruktur ein, der sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, ohne Bevorzugung bestimmter Schulformen. Die Anmeldezahlen zu den weiterführenden Schulen zeigen, dass sich die Eltern für ihre Kinder mehr Gymnasien wünschen. Wir respektieren diesen Elternwillen und plädieren für weitere Gymnasien im Norden und Osten Frankfurts. Das Vergabeverfahren von Gymnasialplätzen muss fair und transparent sein, bis der Engpass beseitigt ist. Dabei sind die Gymnasialempfehlungen der Grundschulen und Zeugnisnoten heranzuziehen. Die Vergabe sollte wieder so erfolgen, wie es die Hessische Verfassung in Artikel 59, Absatz 2 vorschreibt: allein nach Eignung! Im Übrigen vertraut die AfD auf das bewährte dreigliedrige, durchlässige Schulsystem und die duale Berufsausbildung, die weltweit höchstes Ansehen genießt. Grundsätzlich gilt, dass Kinder und Jugendliche nach ihrer Begabung und Leistung gefördert werden sollen. Das gilt für Leistungseliten ebenso wie für leistungsschwächere Schüler.

Soweit es in der Entscheidungsbefugnis des Stadtschulamtes liegt, soll auf weitere Schul-experimente wie die Schaffung sogenannter „flexibler Eingangsstufen“ an Grundschulen verzichtet werden. (Dabei werden Schüler der ersten und zweiten Klasse gemeinsam unterrichtet. Ein differenziertes Schulsystem beginnt aber bereits dort.)

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen intensive Betreuung, die nur Förderschulen mit entsprechend ausgebildeten Lehrkräften gewährleisten können. Eine Schließung der Förderschulen führt zu einem Verlust an Chancen für Kinder und ist deshalb abzulehnen. Die AfD wird angesichts begrenzter Mittel auf weitere Schalexperimente im Rahmen eines Modellregionen-Ansatzes verzichten.

Eine besondere Herausforderung stellt die schulische Betreuung von Kindern aus Zuwanderungsfamilien dar. Kinder, die mit schlechten oder keinen Deutschkenntnissen eingeschult werden, haben kaum eine Chance, in der Schule erfolgreich zu sein. Wir fordern daher für Frankfurt eine Kindergartenpflicht für Kinder, die in ihrer Familie die deutsche Sprache nicht oder nur unzureichend erlernen können. Die Umgangssprache in den Kindergärten muss deutsch sein. Für schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit keinen oder geringen Kenntnissen der deutschen Sprache sind „Crash-Kurse“ einzurichten, die es ihnen ermöglichen, danach dem normalen Unterricht zu folgen. Darüber hinaus sind sie zur Teilnahme an Deutsch-Förderkursen zu verpflichten, bis sie das Klassenniveau erreicht haben. Lehrer und Erzieher sollen sich wieder

stärker um eine aktive Vermittlung hiesiger Traditionen bemühen und den Kindern die abendländische Kultur nahe bringen.

Die AfD lehnt die von der grünen Schuldezernentin geplante pauschale Verlagerung der Berufsschulen aus den innenstadtnahen Stadtteilen an die Peripherie ab.

9. Planen und Bauen

Die AfD fordert, bei der Ausweisung neuer Baugebiete und der Nachverdichtung die Erfordernisse der Wohnbevölkerung vordringlich zu berücksichtigen. Aufgrund der begrenzten Flächen kann Bevölkerungswachstum für die Stadt kein Planungsziel sein. Die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der innerstädtischen Plätze und Fußgängerzonen sind zu verbessern. Die AfD fordert, die äußerst umstrittene Vergabe des Rennbahnareals an den der Korruption und Steuerhinterziehung hochverdächtigen DFB umgehend rückgängig zu machen.

Problem:

Grundsätzlich sind die Flächen der Stadt begrenzt und nicht vermehrbar. Diese banale Tatsache wird von fast allen Politikern ignoriert; vielmehr wird immer von der „wachsenden Stadt“ gesprochen und sämtliche Probleme, die mit einer wachsenden Bevölkerungszahl zwangsläufig verbunden sind, einfach ausgeblendet.

Jede Fläche, die einer neuen Nutzung zugeführt werden soll – z.B. für Wohnbebauung – muss hierzu einer anderen Nutzung entzogen werden. Da die einzelnen Nutzungen – Wohnen, Gewerbe, Verkehr, Grünflächen – in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen müssen, lassen sich die Nutzungen auch nicht beliebig austauschen. Jede zusätzliche Wohnbebauung erfordert auch zusätzliche Verkehrs- und Freiflächen sowie Flächen für Infrastruktureinrichtungen wie Schulen und Kitas.

Für die AfD ist die kontinuierliche Zunahme der Bevölkerung, wie sie von den meisten Parteien gefordert wird, kein Planungsziel, da sie nur über eine Reduzierung der Lebensqualität der bereits in Frankfurt wohnenden Bevölkerung erreichbar ist. Dies wurde in der Vergangenheit an zahlreichen Konflikten bei Planungsvorhaben erkennbar, z.B. der Nachverdichtung in Wohngebieten mit Wegfall von grünen Innenflächen oder der geplanten Umwandlung von Kleingärten in Wohngebiete. Ziel jeder Stadtplanung muss es daher sein, die Lebensqualität der in Frankfurt wohnenden Bevölkerung zu verbessern.

Ursache:

Wichtigste Ursache des Zuzugs von Menschen nach Frankfurt ist der Arbeitsmarkt. Die Stadt ist nach wie vor als Wirtschaftsstandort sehr attraktiv, d.h. es gibt ein großes Angebot an Arbeitsplätzen – rein rechnerisch für jeden Frankfurter im arbeitsfähigen Alter.

higen Alter knapp 2 Arbeitsplätze. Diese Situation ist zwar grundsätzlich positiv, führt jedoch dazu, dass Frankfurt eine große Zahl von Pendlern aufweist (ca. 350.000 pro Tag) und andererseits eine große Zahl von Wohnungssuchenden. Dies führt zum einen zu erheblichen Verkehrsproblemen durch die Pendler und zum anderen zu einem Druck auf den Wohnungsmarkt mit negativen Entwicklungen, v.a. Mietpreissteigerungen und Verdrängungseffekte.

Planungsziel der meisten Parteien ist es, Frankfurt als Wirtschaftsstandort attraktiv zu erhalten und die Neuansiedlung und Expansion von Unternehmen zu fördern. Grund hierfür sind die mit dem Zuzug von Unternehmen verbundenen Gewerbesteuerereinnahmen. Tatsächlich verfügt die Stadt Frankfurt – bezogen auf die Bevölkerung – über die mit Abstand höchsten Gewerbesteuerereinnahmen in Deutschland (noch weit vor München oder Düsseldorf). Auch wenn diese Entwicklung aus Sicht eines Stadtkämmerers grundsätzlich als positiv zu bewerten ist, führt sie u.a. zu einem angespannten Wohnungsmarkt und zu einem Mangel an geringer bezahlten Fachkräften, wie z.B. Kita-Mitarbeiterinnen oder Krankenpflegepersonal.

In Frankfurt fehlt aktuell eine sinnvolle und konsistente Stadtplanung. Dort, wo eine Planung erfolgt, dauert sie zu lang. Beispiel: die Altstadtbebauung wird seit 2001 diskutiert, momentan befindet sie sich in Umsetzung, bis zur Fertigstellung wird es mehr als 15 Jahre gedauert haben. Es gibt in der Stadt zahlreiche öffentliche Gebäude, die über Jahre leer standen, z.B. der ehem. Bundesrechnungshof (leer seit 2001), das Polizeipräsidium (leer seit 2003) und die Oberfinanzdirektion (leer seit 2009).

Verschönerungen städtebaulicher Katastrophen wie die Hauptwache und die Konstabler Wache werden seit Jahren geplant, jedoch nicht konkret angegangen. Dafür verhökert der Magistrat an dubiose Investoren öffentliche – und bisher als Verkehrsfläche genutzte - Grundstücke zu Schleuderpreisen. Aktuell: Dreieck zwischen Goethestraße und Fressgass. Geplant: Verkauf eines Teils des Rossmarktes mit nachfolgender Verschmälerung des Gehweges (Architekten-Begründung: „Definition von Raumkanten, den Straßenraum damit erlebbarer machen“).

Ein besonders deutliches Beispiel einer Fehlplanung ist die Vergabe des Rennbahnareals an den DFB. Das Gelände dient seit über 150 Jahren als Pferderennbahn. Da der Pferderennsport – jedenfalls nach Auffassung des Magistrats – nicht zukunftsfähig ist, hat er kurzerhand das Areal für einen Schnäppchenpreis von 46 Euro pro qm an den DFB übertragen – einen Verein, der unter dem begründeten Verdacht der Korruption und Steuerhinterziehung steht. Die Umstände der Vergabe des Geländes zu einem Zehntel des Verkehrswertes – verbunden mit der Weigerung des Magistrats, den Deal rückgängig zu machen – öffnet einen weiten Raum für Spekulationen.

Lösung:

Das vordringliche Problem des Wohnungsmangels ist jedoch nicht einfach dadurch lösbar, dass neue Flächen für den Wohnungsbau ausgewiesen werden. Zum einen sind freie Flächen in der Stadt nicht verfügbar bzw. müssen ihrer bisherigen Nutzung entzogen werden. Weiterhin müssen neue Wohngebiete auch eine adäquate Infrastruktur (Verkehr, Schulen, Freizeiteinrichtungen etc.) aufweisen, für die zum einen

weitere Flächen benötigt werden und zum anderen teilweise sehr lange Genehmigungsverfahren erforderlich sind.

Neue Wohnbebauungsflächen sind nur noch begrenzt zu generieren. Eine Nachverdichtung zulasten der Wohnqualität ist grundsätzlich zu vermeiden. Dabei ist zum einen auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohn- und Gewerbeflächen, Verkehrsflächen und Grünflächen zu achten. Bei sämtlichen Planungen für Flächennutzungen sind in jedem Fall ökologische Aspekte zu berücksichtigen (Frischluftschneisen). Weiterhin ist bei sämtlichen Projekten auf eine frühzeitige Beteiligung der Bürger zu achten. Bei allen Bebauungsplänen und Wohnbauprojekten, auf die die Stadt einen direkten Einfluss hat, ist ein ausreichender – d.h. höherer – Anteil an geförderten Wohnungen festzuschreiben. Bei der Entwicklung von Flächen für eine Gewerbe- oder Wohnnutzung sollten auch interkommunale Projekte geprüft werden, z.B. mit Offenbach oder Bad Vilbel. Hier könnte aus dem Ansatz der Metropolregion Nutzen für alle entstehen. Die AfD lehnt eine Reduzierung der bestehenden Grünflächen sowie jede Überplanung bestehender Kleingartenanlagen für Wohnbauflächen ab. Bei der Stadtplanung ist darauf zu achten, dass auch für expansions- und ansiedlungswilligen Unternehmen passende Gewerbeflächen vorhanden sind. Die AfD lehnt die Bebauung des Pfingstberges ab, ebenso die Überplanung von Kleingärten und des Abenteuerspielplatzes an der Dortelweiler Strasse. Die AfD fordert, die Planungen für die Bebauung des Gebietes Berkersheim-Ost zugunsten einer Bebauung im Bereich Berkersheim-Süd aufzugeben.

Die Entwicklung der Stadtteile und Stadtteilzentren soll besonders gefördert werden. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept ist bei der Steuerung von Einzelhandelsinvestitionen zu berücksichtigen. In den einzelnen Stadtteilen soll eine Grundversorgung mit Lebensmittelmärkten, Bäckereien, Metzgereien und sonstigem Einzelhandel vorhanden sein. Dies gilt vor allem auch für Neubaugebiete, bei denen dieser Aspekt in der Vergangenheit meist nicht beachtet wurde.

Die Attraktivität der Innenstadt soll durch eine Aufwertung des Areals zwischen Zeil und Mainufer gestärkt werden. Dabei sind sinnvolle Konzepte zu entwickeln, die die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der innerstädtischen Plätze und Fußgängerzonen verbessert. Der von der schwarz-grünen Stadtregierung umgestaltete Goethe-Rathenauplatz ist ein besonders trauriges Beispiel für die Verunstaltung innerstädtischer Plätze. Die Lücke am südlichen Mainufer zwischen Uni-Klinik und Licht- und Luftbad Niederrad soll geschlossen werden

Die AfD fordert, die äußerst umstrittene Vergabe des Rennbahnareals an den der Korruption und Steuerhinterziehung hochverdächtigen DFB umgehend rückgängig zu machen. Es ist völlig inakzeptabel, dieses Gelände – noch dazu zu einem Preis, der einem Zehntel des Verkehrswertes entspricht – an einen Verein zu vergeben, der dringend verdächtig ist, Steuern in Millionenhöhe zum Nachteil der Stadt Frankfurt hinterzogen zu haben.

Die AfD lehnt alle Planungen für einen Brückenturm auf der Alten Brücke ab. Die Brückeninsel ist im Flächennutzungsplan als Grünfläche ausgewiesen und muss von jeder Bebauung freigehalten werden.

10. Wohnen

Die AfD fordert, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wieder verstärkt bezahlbaren Wohnraum schaffen, besonders für Personen und Familien mit geringem und mittlerem Einkommen. Es ist auf einen angemessenen Ausgleich der Interessen der Wohnbevölkerung und der neu Zuziehenden zu achten.

Problem:

Der Wohnungsmarkt in Frankfurt ist aufgrund des verstärkten Zuzugs angespannt und hat in der Vergangenheit in erheblichem Umfang zu Mietpreissteigerungen und Verdrängungseffekten geführt. Diesem Trend muss die Stadtregierung entgegenwirken. Der angespannte Wohnungsmarkt ist jedoch nicht nur gekennzeichnet durch ein zu geringes Angebot an Wohnungen insgesamt, sondern durch einen Mangel an günstigem Wohnraum, der auch für Normal- und Geringverdiener bezahlbar ist.

Aufgrund der Altersstruktur wird sich der Anteil der Mitbewohner, die 70 Jahre und älter sind, in den kommenden Jahrzehnten verdoppeln. Viele der über 70 jährigen sind nicht mehr in der Lage, Treppen zu steigen oder sind gar auf einen Rollstuhl als Fortbewegungsmittel angewiesen. Die Stadt trägt dieser Entwicklung bereits in Teilen Rechnung, indem sie den nachträglichen Einbau von Aufzügen an U Bahnhöfen betreibt.

Ursache:

Die in den vergangenen Jahren in Frankfurt neu entstandenen Wohnungen zählen überwiegend zum oberen Preissegment, das für Geringverdiener nicht finanzierbar ist. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für den Fachkräftemangel im Kita- und Krankenpflegebereich. Jedoch werden gerade diese Mitarbeiter für ein funktionierendes Gemeinwesen dringend benötigt.

Verschärft wird die Situation auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt durch den dramatischen Zuzug von „Flüchtlingen“, die zusätzlich auf den Wohnungsmarkt drängen und mit den sozial schwächeren Frankfurtern in Konkurrenz um günstige Wohnungen treten.

Lösung:

Städtische Wohnungsbaugesellschaften müssen sich wieder verstärkt ihrer eigentlichen Aufgabe zuwenden, bezahlbaren Wohnraum besonders für Personen und Familien mit geringem und mittlerem Einkommen zur Verfügung zu stellen. Dabei sind berufsbezogene Kontingente für wichtige Gruppen, die für die kommunale Daseinsvorsorge unverzichtbar sind, wie Krankenschwestern, Erzieherinnen, Polizisten vorzusehen, die entsprechend belegt werden.

Die Planung komplett neuer Stadtteile (wie Riedberg) wäre im Hinblick auf die derzeitige Situation wirkungslos, da zwischen Planung und Realisierung mindestens 20 Jahre liegen. Zu beachten ist, dass neue Stadtteile eine Infrastruktur und Verkehrsanbindung erfordern.

Eine vertretbare kurzfristige Lösung liegt daher nur im Ausbau von bislang ungenutzten Dachböden und in der Umwandlung von Büros in Wohnungen, soweit diese nicht mehr benötigt werden, sowie in einer verträglichen Nachverdichtung bestehender Wohngebiete. Soweit möglich, sollten auch ungenutzte Gewerbeflächen in Wohnflächen umgewandelt werden.

Bei Neu- und Umbauten von Wohnraum ist verstärkt auf die veränderten Bedürfnisse der Bewohner zu achten. Hierzu gehören v.a. familien- und seniorengerechte Wohnungen. Gerade für ältere Menschen ist es wichtig, dass sie möglichst lange in der ihnen vertrauten Umgebung wohnen können. Nicht selten scheitert dies an der fehlenden seniorengerechten oder barrierefreien Ausstattung der Wohnungen.

Den Verdrängungseffekten kann mit politischen Vorgaben begegnet werden, z.B. mit Milieuschutzsatzungen, die Luxussanierungen in bestimmten Stadtteilen verhindern können. Darüber hinaus wäre eine Landesverordnung sinnvoll, mit der die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt gestellt werden könnte.

Unabhängig hiervon muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass bebaubare Flächen nicht beliebig vermehrbar und daher der Errichtung von Wohnungen Grenzen gesetzt sind. Ein wichtiges politisches Ziel ist es daher, Maßnahmen zur Begrenzung des Zuzugs zu ergreifen.

11. Gesundheit

Die AfD fordert, die Gesundheit der Bevölkerung wieder als zentrales Element der kommunalen Daseinsvorsorge anzusehen. Die Städtischen Kliniken Höchst müssen in kommunaler Trägerschaft als Haus der Maximalversorgung erhalten bleiben, auch wenn hierzu finanzielle Zuschüsse erforderlich sind.

Problem:

Die Zahl der Suchtkranken und Drogenabhängigen – einschließlich Alkohol und Rauchen – ist unverändert hoch.

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im stationären Bereich ist durch die zunehmende Kommerzialisierung der Krankenhäuser gefährdet.

Ebenso ist die ambulante kassenärztliche Versorgung in manchen Stadtteilen unzureichend.

Ursache:

Für Suchtprävention wird derzeit zu wenig getan. Es gibt zwar Programme für Drogenabhängige, jedoch wird der Suchtprävention legaler Drogen kaum Beachtung geschenkt. So wird auf städtischen Werbeflächen nach wie vor großflächig für Zigaretten geworben – teilweise in unmittelbarer Nähe von Schulen.

Die städtischen Kliniken Höchst sollen nach den Plänen des Magistrats kostenneutral bis gewinnbringend betrieben werden, obwohl dies aufgrund der Aufgaben und der Rahmenbedingungen nicht möglich ist.

Nach den gesetzlichen Vorgaben sind die kassenärztlichen Zulassungsbezirke deckungsgleich mit den Landkreisen, d.h. die Stadt Frankfurt bildet einen einheitlichen Zulassungsbezirk. Zugelassene Kassenärzte können sich daher an einem beliebigen Standort innerhalb des Stadtgebietes niederlassen. Sie bevorzugen dabei meist Stadtteile mit einem hohen Anteil an Privatpatienten. Daher sind manche Stadtteile mit Kassenärzten aller Fachrichtungen gut versorgt (z.B. Innenstadt, Westend, Sachsenhausen), andere nicht.

Lösung:

Suchtprävention ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Sie umfasst alle vorbeugenden Maßnahmen, die auf die Verringerung der Nachfrage nach Suchtmitteln zielen. Hierbei geht es nicht nur um illegale Drogen, sondern im weitesten Sinne um Substanzen, die in der Lage sind, eine Abhängigkeit zu erzeugen – also vor allem Alkohol und Nikotin. Im Rahmen der Suchtprävention ist es sehr wichtig, Aufklärung und Informationen bereits bei Kindern und Jugendlichen zu vermitteln. Der Magistrat der Stadt Frankfurt hat die Suchtprävention bislang nur inkonsequent verfolgt. So stellt die Stadt immer noch städtische Flächen für Alkohol- und Zigarettenwerbung zur Verfügung.

Die Städtischen Kliniken Höchst sind seit mehreren Jahren in intensiver Diskussion im Stadtparlament. Grund hierfür ist, dass die Einrichtung in seiner jetzigen Form auf Dauer defizitär ist und für die Stadt Kosten in der Größenordnung von 5 bis 8 Mio € p.a. verursacht. Das Haus hat damit jedoch eine Kostendeckung von über 95 % - ein Wert, der für ein Haus der Maximalversorgung akzeptabel ist. Gleichwohl strebt die Koalition an, dieses Defizit auf null zu bringen. Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, dass ein Krankenhaus ohne Defizit betrieben werden muss, da die Leistungen durch die Krankenkassen honoriert werden. Dieser Ansatz ist jedoch aus verschiedenen Gründen falsch.

Zum einen müssen Krankenhäuser der Maximalversorgung alle Patienten übernehmen, die von anderen Krankenhäusern geringerer Versorgungsstufen überwiesen werden. Meist handelt es sich dabei um Patienten, deren Behandlungskosten durch die Fallpauschale nicht gedeckt werden können. Hinzu kommt, dass Krankenhäuser der Maximalversorgung neben der – ungenügend honorierten – Patientenversorgung Aufgaben in der Aus- und Weiterbildung von Ärzten und Pflegepersonal übernehmen, die von den Krankenkassen ebenfalls nicht honoriert werden, weil es sich dabei um gesamtgesellschaftliche Aufgaben handelt. Daher können auch Krankenhäuser,
Fassung vom 16.01.2016

die sich an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen, nicht kostendeckend arbeiten – im Gegensatz zu privaten Krankenhäusern, die sich an dieser Aufgabe nicht beteiligen. Vom Grundsatz her ist daher die Unterhaltung eines Krankenhauses der Maximalversorgung durch eine Kommune als Zuschussbetrieb gerechtfertigt.

Unabhängig hiervon ist nicht nachvollziehbar, warum ein kommunales Krankenhaus nicht defizitär sein kann, wenn dies bei zahlreichen anderen Einrichtungen als völlig normal hingenommen wird, z.B. bei Kitas, Museen, Schwimmbädern, Theatern usw.

Zur Verbesserung der kassenärztlichen Versorgung könnte die Stadt Frankfurt z.B. die Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Stadtteilen fördern (z.B. durch preisgünstige Überlassung von Räumen) oder freie Kassenarztsitze kaufen und in ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) einbringen.

Die AfD setzt bei der Gesundheitsversorgung auf ein ausgewogenes Verhältnis von Selbstverantwortung und Lenkung. Schon in den Kindergärten und Schulen soll über gesundheitliche Gefahren einer ungesunden Lebensführung aufgeklärt werden. Hierzu sind die Themen Ernährung, Gesundheitsvorsorge und Sport verstärkt zu unterrichten. Die Zahl der Kinder mit Bewegungsmangel und Übergewicht nimmt leider immer weiter zu. Dem müssen wir entgegenwirken. Die AfD fordert daher bereits ab der Grundschule mindestens drei Stunden Schulsport pro Woche. Außerdem müssen Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen nachhaltig gefördert werden, damit Kinder motiviert werden, sich auch in ihrer Freizeit sportlich zu betätigen. Der Schulsport darf durch die Belegung von Sporthallen mit Asylbewerbern nicht eingeschränkt werden.

12. Verkehr

Die AfD fordert, ideologisch motivierte Schikanen für Verkehrsteilnehmer – v.a. Autofahrer – zu beseitigen. Die Zuverlässigkeit und Sicherheit im ÖPNV ist zu erhöhen. Nach Ende des Berufsverkehrs sind in allen U- und S-Bahn-Zügen Sicherheitsdienste einzusetzen.

Problem:

Zentrale Probleme des Verkehrs sind die zu geringen Flächen für den fließenden und den stehenden Verkehr. Dies gilt sowohl für den Individual- als auch den öffentlichen Verkehr.

Der Zustand der Frankfurter Straßen ist teilweise katastrophal. Manche Straßen befinden sich in einem nicht mehr verkehrstauglichen Zustand. Statt einer Instandsetzung erfolgt bestenfalls das Aufstellen eines Tempo-30-Schildes mit dem Hinweis „Straßenschäden“.

Die Akzeptanz des ÖPNV wird auch durch die teilweise katastrophale Organisation reduziert. Planmäßige Züge fallen häufig aufgrund verschiedener Ursachen aus, in Fassung vom 16.01.2016

der Regel werden die Fahrgäste nicht entsprechend informiert, insbesondere nicht über alternative Fahrmöglichkeiten.

Ursache:

Hauptursache der Verkehrsproblematik ist u.a. die große Anzahl von Pendlern, die täglich nach Frankfurt kommen (ca. 336.000), mehr als die Hälfte davon mit dem Pkw. Eine Erhöhung des ÖPNV-Anteils ist aus verschiedenen Gründen schwierig bis unmöglich. Selbst wenn eine nennenswerte Anzahl von Pkw-Pendlern zum Umsteigen motiviert werden könnte, würden diese auf einen ÖPNV treffen, dessen Kapazitäten weitgehend erschöpft sind. Ein Ausbau des Schienennetzes stößt dort, wo es realisiert wird (z.B. Niederrad, S-6-Strecke in Eschersheim) auf massiven Widerstand der Bewohner. Neue U-Bahn-Strecken sind nur unter erheblichen Schwierigkeiten finanzierbar, oberirdische U-Bahnen und neue Straßenbahnen stoßen ebenfalls auf erheblichen Widerstand der Bewohner (z.B. U 5, Stresemannallee). Verschärft wird die Situation noch erheblich durch die von der derzeitigen Koalition vorgenommenen Maßnahmen, die zu einer gezielten Verkehrsbehinderung führen.

Verschärft wird die Problematik durch die von der derzeitigen Stadtregierung vorgenommene Reduzierung von Verkehrsflächen für Pkw zugunsten von Radwegen. Aktuell sind die Eschersheimer Landstraße und die Berliner Straße von dieser Maßnahme betroffen.

Lösung:

Ideologisch motivierte Schikanen für Verkehrsteilnehmer – v.a. Autofahrer – sind zu beseitigen. Hierzu gehören Tempo-30-Zonen, soweit sie nicht zum Lärmschutz unabdingbar sind und die in Frankfurt üblichen Ampelschaltungen, die in der Regel kein zugiges Fahren erlauben. Zu verkehrssarmen Zeiten – v.a. nachts – sind Ampeln möglichst abzuschalten.

Die Sicherheit im ÖPNV ist zu erhöhen. Nach Ende des abendlichen Berufsverkehrs sind in allen U- und S-Bahn-Zügen Sicherheitsdienste einzusetzen.

Die Unzuverlässigkeit (Zugausfälle) und die Unpünktlichkeit des ÖPNV sind zu beseitigen. Soweit Züge ausfallen, sind die Passagiere zeitnah über alternative Fahrmöglichkeiten zu informieren. Der ÖPNV ist grundsätzlich zu fördern, wobei dieser jedoch bereits derzeit an Kapazitätsgrenzen stößt. Eine Kapazitätsausweitung ist primär durch organisatorische Maßnahmen (Taktungsfrequenz) herbeizuführen und nicht durch bauliche Maßnahmen. Die völlig heruntergekommenen und verschmutzten Frankfurter S-Bahnhöfe sind wieder in einen sauberen und funktionsfähigen Zustand zu versetzen.

Die Preisgestaltung im ÖPNV ist den Bedürfnissen der Nutzer besser anzupassen, insbesondere im Hinblick auf Tarifgrenzen, Preise für Zeit- und Sammelkarten, Ermäßigungen für Schüler und Rentner. Hierzu gehört die Wiedereinführung von sog.

Streckenkarten, d.h. Zeitkarten (Woche, Monat), die nur auf einer bestimmten Strecke gültig sind.

Der Bau der Nordmainischen S-Bahn ist eine Investition in die Zukunft. Mit dem Ausbau des Nahverkehrs wächst die Rhein-Main-Region weiter zusammen. Berufspendler profitieren dabei von mehr Zügen zwischen Hanau und Frankfurt. Ein weiterer Lückenschluss im Frankfurter Schienennetz sollte durch die Fortführung der U 4 von der Bockenheimer Warte nach Ginnheim erfolgen. Ebenso sollte die Weiterführung der U-Bahn vom Südbahnhof bis zur Sachsenhäuser Warte geprüft werden. Die AfD spricht sich für eine Anbindung der A 66 an die A 661 in Form eines Tunnels aus, die seit Jahrzehnten geplant, aber bislang nicht realisiert ist.

Die AfD fordert weiterhin, den Main als Verkehrsweg zu nutzen. Denkbar wäre z.B. eine ständige Fährverbindung, da zahlreiche wichtige Ziele direkt am Main liegen, z.B. Westhafen, Uni-Klinik, Rathaus, EZB, Museumsufer. Dadurch könnten die überlasteten Ost-West-Verbindungen entlastet werden.

Zu überprüfen ist Entlastung von Einpendlern durch weitere P+R-Systeme, ebenso wie die Einführung einer City-Maut für auswärtige Fahrzeuge (d.h. kein F-Kennzeichen).

13. Umwelt

Die AfD fordert, die gesundheitsschädliche Umweltbelastung v.a. von Lärm und Luftverschmutzung konsequent zu reduzieren. Grundsätzlich müssen dabei auch Verkehrsbeschränkungen erwogen werden. Die Zahl der Flugbewegungen am Frankfurter Flughafen ist zu begrenzen und ein vollständiges Nachtflugverbot einzuführen. Grün- und Freiflächen sind zu erhalten, der Grüngürtel darf in seiner Substanz grundsätzlich nicht verändert werden.

Problem:

Von den zahlreichen Umweltproblemen in der Großstadt wird von den Bewohnern überwiegend die Lärmproblematik durch Straßen-, Schienen- und Fluglärm wahrgenommen. Lärm ist die am meisten unterschätzte Umweltgefahr.

Die Rhein-Main-Region und vor allem die Stadt Frankfurt gehört zu den am stärksten mit Luftschadstoffen belasteten Regionen Deutschlands. Vor allem die Belastung mit Feinstäuben und Stickstoffoxiden ist problematisch, da bereits derzeit die Grenzwerte seit Jahren erreicht bzw. überschritten werden.

Ursache:

Hauptursache der Luftschadstoffbelastungen sind die Emissionen aus dem Straßen- und Luftverkehr. Die Belastung der Luft muss deutlich reduziert werden – nicht zuletzt im Hinblick auf die zu erwartende Reduzierung der zulässigen Grenzwerte. Eine Lösung hierfür wäre ein effektiverer Verkehrsfluss.

Lösung:

Für alle Lärmarten gibt es Ansätze zur Reduzierung, z.B. Tempolimit, technische Vorkehrungen an Eisenbahnwagen oder Schienen oder Veränderungen an Flugzeugen bzw. lärmreduzierende Flugverfahren. Gemeinsam ist allen diesen Ansätzen, dass sie zwar zu einer Entlastung führen können, die Lärmproblematik jedoch nicht grundsätzlich lösen können. Im Gegenteil: alle technischen Maßnahmen führen dazu, dass von den Lärmverursachern – v.a. Bahn und Flugzeug – die Nutzung zusätzlicher Kapazitäten gefordert wird. Im Ergebnis wird dann die technisch herbeigeführte Reduzierung des einzelnen Lärmereignisses durch die Frequenzzunahme kompensiert oder überkompensiert, d.h. technische Lärmreduzierungen führen tatsächlich zu einer höheren Lärmbelastung. Frankfurt ist dabei in einer besonders schwierigen Situation: durch die zentrale Lage der Stadt ist sie Verkehrsknotenpunkt für alle Verkehrsträger – Kfz, Bahn, Flugzeuge. Dies bedeutet, dass – im Gegensatz zu anderen Städten – ein erheblicher Anteil des die Bewohner belastenden Verkehrs die Stadt Frankfurt weder als Ausgangs- noch als Zielpunkt hat. Sinnvolle Lösungsansätze müssen vor allem darauf abzielen, den Verkehr zu reduzieren, ohne dabei die Wirtschaft zu beeinträchtigen.

Die vorhandenen Grünflächen sollen erhalten und – soweit erforderlich – qualitativ verbessert werden. Der Grüngürtel soll in seiner Substanz grundsätzlich nicht verändert werden.

14. Kultur

Die AfD unterstützt ein reichhaltiges Kulturangebot der Stadt Frankfurt, fordert aber auch eine kritische Überprüfung der Ausgaben in diesem Bereich. Subventionen sind offenzulegen und zu plausibilisieren, ggf. zu reduzieren oder ganz zu streichen.

Problem:

Das Kulturangebot der Stadt ist zwar ein Kernpunkt der Attraktivität Frankfurts – jedoch zu kostenintensiv in der derzeitigen Form. Die hierfür notwendige Finanzierung ist von der Stadt alleine nicht mehr uneingeschränkt zu leisten.

Ursache:

Dieses Angebot wird regional und überregional genutzt, ohne dass eine angemessene Kostenbeteiligung erfolgt.

Lösung:

Daher soll die Stadt Frankfurt mit dem Land Hessen und den benachbarten Gemeinden einen Kultur-Verbund anstreben, mit dem Ziel, dass einerseits die Angebote aufeinander abgestimmt werden und andererseits sich die anderen Körperschaften an der Finanzierung (stärker) beteiligen. Sollte eine derartige Beteiligung nicht zustande kommen, müssen die Frankfurter Kultureinrichtungen über die Eintrittspreise einen höheren Kostendeckungsgrad erreichen. Stärker Kulturinteressierten soll eine (Jahres-) Kulturkarte angeboten werden, mit der sie die Kultureinrichtungen zum bisherigen Preis nutzen können.

Es sollten differenzierte Eintrittspreise erhoben werden, d.h. höhere Preise für Nicht-Frankfurter.

Als ultimative Lösung muss über eine Einschränkung des Kulturangebotes nachgedacht werden, ggf. auch über eine Schließung von Einrichtungen. Zum Beispiel über die des Weltkulturen Museums, das seit jeher auf keine nennenswerte Publikumsresonanz stößt, für das aber schon ein Neubau für 100 Mio. Euro in Planung ist.

15. Sport

Die AfD fordert, kommerzielle profitorientierte Sportgroßereignisse nicht zusätzlich aus Steuermitteln zu subventionieren. Die Sportinfrastruktur für den Breitensport ist dem zunehmenden Bedarf anzupassen und die Sportvereine sind angemessen zu unterstützen.

Problem:

Der organisierte Sport in Frankfurt hat derzeit mehr als 200.000 Mitglieder, 190.000 davon in Turn- und Sportvereinen, weitere 20.000 in den Betriebssportgruppen. Es existieren 430 Turn- und Sportvereine. Frankfurt hat eine sportliche Vielfalt zu bieten, wie kaum eine andere Stadt in Deutschland. Dies wird von der Stadt zu wenig gefördert.

Aktuell ist eine Einschränkung der Aktivitäten von Sportvereinen durch die Belegung von Sporthallen mit Flüchtlingen zu beobachten.

Ursache:

Aus dem Sport-Etat der Stadt Frankfurt werden zahlreiche kommerzielle Prestige-Veranstaltungen finanziell unterstützt, die der Bevölkerung keinen Nutzen bringen. Begründet wird dies vom Magistrat mit dem angeblichen „Prestigegewinn“ für die Stadt. Beispiele: Fußball-WM, Olympia-Bewerbung, Ironman, Radrennen u.a.

Lösung:

Die AfD fordert, kommerzielle profitorientierte Sportgroßereignisse nicht zusätzlich aus Steuermitteln zu subventionieren. Dagegen muss der Breiten- und Vereinssport verstärkt gefördert werden. Gerade in Sportvereinen zeigt sich bürgerschaftliches Engagement wie in kaum einem anderen Bereich. Daher ist es der AfD Frankfurt wichtig, dieses bürgerschaftliche Engagement nicht durch überbordende Bürokratie einzuschränken. Die Verwaltung eines Vereins muss weiterhin ehrenamtlich zu leisten sein. Daher sind Vereine so viel wie möglich von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten. Diese entstehen z.B. durch die Beantragung von Beitrags-Bezuschussung von sozial schwachen Mitgliedern, den Zuschuss für die Platzpflege oder den Getränkeverkauf bei Heimspielen. Hier schlagen wir vor, dass Sportdachverbände vermehrt die durch sie vertretenen Vereine durch ihre hauptamtlichen Beschäftigten bei der Vereinsverwaltung unterstützen.

Die Sport-Infrastruktur der Stadt Frankfurt ist derzeit noch als gut zu bezeichnen. Damit dies auch so bleibt, sollte jedoch nicht der gleiche Fehler wie bei der Schulinfrastruktur begangen werden. Rechtzeitige Investitionen in den Ausbau und Erhalt von Sporthallen, Sportplätzen und Schwimmbädern verhindert, dass es hier wie bei den Schulen zu einem Investitionsstau kommt. Daher unterstützt die AfD Frankfurt den Bau des neuen Familienbades bei der Eissporthalle.

Wir fordern ferner, dass die Sportinfrastruktur, wie die Schulen, mit der Zunahme der Bevölkerung und der damit verbundenen größeren Nachfrage Schritt halten muss. Zusätzlicher Bedarf besteht heute bereits im Bereich Fußball, im Turnen und im Schwimmen. Hier wollen wir die Initiative weiter ausbauen, dass die Stadt Vereine bei ihren eigenen Bauvorhaben finanziell unterstützt. So entsteht von Beginn an eine stärkere Bindung der Nutzer mit „Ihrer“ Halle. Auch möchten wir prüfen, inwiefern die Aulen von Schulen oder Kindertagesstätten abends verstärkt durch Sportvereine als Sportflächen genutzt werden können.

Eine Zweckentfremdung von Sporthallen – z.B. durch Belegung mit Flüchtlingen – lehnen wir grundsätzlich ab. Gerade die Aktivitäten von Sportvereinen sind enorm wichtig für die Gesundheit der Bevölkerung und den sozialen Zusammenhang. Sportvereine erfüllen wichtige Aufgaben in der Integration von Zuwanderern. Jede Einschränkung von Sportvereinen lehnen wir daher grundsätzlich ab.